

fzs-MV

57. Mitgliederversammlung des fzs – 3. bis 5.
März '17 in Kassel

Reader kurz vor der 57. MV

Stand: 3. März 2017

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
TOP 5: Berichte	6
57-5-1-1 Bericht des Vorstands	6
57-5-3-3 Bericht des Ausschusses für Frauen*- und Genderpolitik . . .	20
57-5-3-1 Bericht des Ausschusses Verfasste Student*innenschaft /Po- litischesMandat zur 57. MV	22
57-5-3-2 Bericht des Ausschuss Sozialpolitik	26
57-5-3-4 Bericht Ausschuss Finanzen	28
57-5-3-5 Bericht Ausschuss Internationales	30
57-5-3-6 Bericht Ausschuss Studienreform	31
57-5-4-1 Bericht des AK Urheber*innenrecht	33
57-5-5 Bericht des Rat des fzs	34
TOP 7: Inhaltliche Anträge	37
57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus	37
57-7-I5 Eine feministische Kritik am Urheberrecht	43
57-7-I1 Gegen Bildungshindernisse in Baden-Württemberg- rassistischeundunsoziale Studiengebühren verhindern!	48
57-7-I8 Unterstützung der „Initiative Palandt umbenennen“	51
57-7-I3 Anonymisierung von Klausuren	56
57-7-I2 Stellungnahme zum Brexit	58
57-7-I4 Solidaritätsbekundung für DITIB-kritische Veranstaltung . .	61
57-7-I7 Unterstützung des GEW-Appells „Gute Bildung für alle! – Appellfürmehr Geld in der Bildung!“	63
57-7-I9 Beteiligung der Studierenden am Prozess des Masterplans Medizinstudium 2020	67
57-7-I10 Internationalistische Wissenschaft statt G20	70
57-7-I11 Call „Our Europe“	74
57-7-I3 Anonymisierung von Klausuren	78
Änderungsantrag 57-7-I3-1-4a	78
Änderungsantrag 57-7-I3-1-4b	79

57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus	81
Änderungsantrag 57-7-I6-3-9a	81
Änderungsantrag 57-7-I6-3-9b	82
57-7-I3 Anonymisierung von Klausuren	83
Änderungsantrag 57-7-I3-4-7b	83
Änderungsantrag 57-7-I3-4-7a	85
Änderungsantrag 57-7-I3-5	87
57-7-I1 Gegen Bildungshindernisse in Baden-Württemberg- rassistischeundunsoziale Studiengebühren verhindern!	88
Änderungsantrag 57-7-I1-19	88
Änderungsantrag 57-7-I1-30	89
57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus	90
Änderungsantrag 57-7-I6-38	90
Änderungsantrag 57-7-I6-40	91
Änderungsantrag 57-7-I6-42	92
57-7-I1 Gegen Bildungshindernisse in Baden-Württemberg- rassistischeundunsoziale Studiengebühren verhindern!	93
Änderungsantrag 57-7-I1-49	93
57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus	94
Änderungsantrag 57-7-I6-61	94
Änderungsantrag 57-7-I6-63-66	95
Änderungsantrag 57-7-I6-67-72	96
57-7-I2 Stellungnahme zum Brexit	97
Änderungsantrag 57-7-I2-91-94	97
57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus	98
Änderungsantrag 57-7-I6-111	98
Änderungsantrag 57-7-I6-112	99
Änderungsantrag 57-7-I6-114-131	100
Änderungsantrag 57-7-I6-116	102
Änderungsantrag 57-7-I6-132-145	103
Änderungsantrag 57-7-I6-153-160	104
Änderungsantrag 57-7-I6-161	105
Änderungsantrag 57-7-I6-171-175	106
57-7-I5 Eine feministische Kritik am Urheberrecht	107
Änderungsantrag 57-7-I5-Ganzer Text	107

TOP 8: Strukturelle Anträge **108**

57-8-St2 Genderbudgeting	108
57-8-St1 Politische Schlagkraft des Verbands durch stärkere Einbrin- gung derMitglieder erhöhen!	110

57-8-St7 Fahrtkosten	113
57-8-St4 Beitritt zum BdWi	115
57-8-St3 Einrichtung eines Arbeitskreises Politische Bildung	117
57-8-St5 Einrichtung einer Arbeitsgruppe: Neufassung der Satzung	120
57-8-St6 Arbeitskreis „AK Urheber*innenrecht“ einrichten bzw. bestätigen	122
57-8-St2 Genderbudgeting	123
Änderungsantrag 57-8-St2-1	123
57-8-St5 Einrichtung einer Arbeitsgruppe: Neufassung der Satzung	124
Änderungsantrag 57-8-St5-1	124
57-8-St2 Genderbudgeting	125
Änderungsantrag 57-8-St2-2	125
Änderungsantrag 57-8-St2-11	126
Änderungsantrag 57-8-St2-13	127
57-8-St1 Politische Schlagkraft des Verbands durch stärkere Einbringung der Mitglieder erhöhen!	128
Änderungsantrag 57-8-St1-13	128
57-8-St2 Genderbudgeting	129
Änderungsantrag 57-8-St2-Ende	129
TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen	130
57-9-1-SÄ1 Änderungsantrag zu § 2 der Satzung des fsz	130
57-9-2-GO1 Anpassung der Redeliste an die Vereinspraxis	131
TOP 10: Wahlen	133
Bewerbung 57-10-2-1 AStA Uni Kassel	133
Bewerbung 57-10-2-2 AStA Uni Hannover	135
Bewerbung 57-10-2-3 Studierendenrat Universität Freiburg	137

57-5-1-1

AntragstellerInnen: Vorstand

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Vorstands

1 Wir haben in den vergangenen Monaten die Arbeit zu den Themen des fzs
2 fortgesetzt sowie Seminare zur Weiterbildung und politischen Bildung veran-
3 staltet.

4 **Bildungsarbeit**

5 Im Bewusstsein, dass politische Veränderungen, die dringlicher denn je sind,
6 sich nur erreichen lassen, wenn wir uns organisieren und gemeinsame Ziele
7 verfolgen, und eine wichtige Grundlage dafür der Raum für inhaltliche Ausein-
8 andersetzungen mit anderen ist, haben wir uns in den letzten Monaten auf die
9 Planung und inhaltliche Ausgestaltung der vom fzs organisierten und geför-
10 derten Bildungsangebote konzentriert. Jedoch erfüllen auch die schönsten und
11 mit viel Bedacht geplanten Räume für gemeinsame Theorie- und Bildungsar-
12 beit ihren Zweck nicht, wenn sie leer bleiben.

13 Von diesen Überlegungen getragen, haben wir sehr frühzeitig die Termine für
14 unsere Wochenendveranstaltungen festgelegt. So konnten wir den Kalender
15 für das Jahr 2017 mit so gut wie allen Seminar-, Konferenz-, Kongress- und
16 Camptermeninen des fzs bis in den September füllen. Diese vorausschauende
17 Planung ist ein Teil eines Konzeptes, um mehr Menschen für unsere Angebote
18 zu begeistern und nachhaltig für den Verband zu gewinnen. So versuchen wir
19 auch, so zeitig wie möglich die Programme der einzelnen Veranstaltungen auf
20 der Internetpräsenz des Vereins zu veröffentlichen. Ebenso werden wir nicht
21 nur online sondern auch auf Papier für geeignete Veranstaltungen werben.

22 Die inhaltliche Planung der Veranstaltung ist bisher in möglichst enger Abstim-
23 mung mit Verbandsaktiven, die die jeweiligen Themen bearbeiten, passiert. So

24 sind die Mitglieder des Vorstandes hier vor allem Ansprechpartner*innen bei
25 Fragen rund um den organisatorischen Rahmen. Wir koordinieren die Planun-
26 gen und behalten den Überblick. Die Planung, Durchführung und Nachberei-
27 tung von Bildungs- und Organisationsangeboten konnten so dazu beitragen,
28 dass sich Aktive vernetzen und weiterbilden.

29 Im Einzelnen haben wir uns in den letzten Monaten mit der Planung folgender
30 Seminaren und Veranstaltungen beschäftigt.

31 **Kongress zu kritischer Perspektive auf Studieninhalte**

32 Die gemeinsamen Planungen mit dem Ausschuss Studienreform waren bereits
33 zu Beginn der Amtszeit weit fortgeschritten. Der geplante Veranstaltungster-
34 min im Dezember 2016 ließ sich leider nicht umsetzen, da die beantragte För-
35 derung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung nicht erfolg-
36 te. Es besteht weiterhin das Ziel den Kongress auszurichten. Der Ausschuss
37 Studienreform und der Vorstand bemühen sich um die Weiterentwicklung der
38 Konzeption und die Einwerbung von Drittmitteln. Sollte eine Umsetzung in
39 der laufenden Amtszeit nicht möglich sein, so besteht der Plan, den Kongress
40 im nächsten Jahr stattfinden zu lassen.

41 **Aktionskonferenz: Wie Feminismus organisieren**

42 Die zahlreichen inhaltlichen Debatten mit Aktiven u.a. aus dem Ausschuss
43 frauen- und genderpolitik, die Auseinandersetzungen im Rahmen der Arbeit
44 im Verband, so wie der Beginn einer gemeinsamen Problemanalyse haben letzt-
45 lich dazu geführt, im späten Frühjahr diesen Jahres eine feministische Akti-
46 onskonferenz zur Organisierungsfrage auf die Beine zu stellen. Dem Ausschuss
47 frauen- und genderpolitik wird dabei im Rahmen der finanziellen und orga-
48 nisatorischen Möglichkeiten weitestgehend freie Hand gelassen. Der Vorstand
49 beteiligt sich hier vor allem als Unterstützung und nicht in der Federführung,
50 so dass sich möglichst viele Aktive an der Planung einer mittelgroßen Bildungs-
51 und Vernetzungsveranstaltung auf Bundesebene ausprobieren können.

52 Schwerpunkt der Konferenz sollen internationale feministische Bewegungen
53 sein, die über die „klassischen Frauen*themen“ hinausreichen. So sollen im
54 Rahmen einer feministisch gestellten Organisierungsfrage aktuelle globale Ent-
55 wicklungen in Zusammenhang gestellt und bearbeitet werden, wie zum Bei-
56 spiel die Verschärfung von sozialen Ungleichheiten, Klimawandel, reproduktive
57 Rechte und Flucht.

58 **Noch 1 mehr vong de Bildung her**

59 Die Bildungsarbeit des Verbandes beschränkt sich nicht nur auf Veranstaltungen,
60 sondern erstreckt sich auch auf die konkrete inhaltliche Arbeit in den
61 Ausschüssen und Arbeitskreisen und geht darüber hinaus. Hier hat der Vor-
62 stand auch die Funktion wahrgenommen, auf neue oder anstehende Themen
63 hinzuweisen und diese wenigstens überblicksmäßig soweit vorzubereiten, dass
64 es den Interessierten möglich ist, sich anhand des bereitgestellten Wissens in
65 die Themen einzuarbeiten und ihr Wissen dazu zu vertiefen. Es gilt dabei mög-
66 lichst viele mitzunehmen und auch für Inhalte zu begeistern. Als Thema der
67 letzten Monate ist hier exemplarisch das Dilemma rund um den Unirahmen-
68 vertrag und das Urheber*innenrecht zu nennen.

69 Gemeinsam mit dem Ausschuss der Student*innenschaften wurde in den letz-
70 ten Monaten auch damit angefangen, die Bedeutung von politischer Bildung
71 für Student*innenschaften zu erfragen und deren Rolle im fzs für Mitglieder
72 besser zu fassen. Allerdings stehen wir hier erst am Anfang einer selbstreflexi-
73 ven Befassung mit unserem Bildungsangebot, so dass hier noch keine Ergeb-
74 nisse vorhanden sind.

75 Des Weiteren sind im Moment zwei Seminare in Zusammenarbeit mit Stu-
76 dent*innenschaften geplant. Mehr dazu erfahrt ihr, sobald die Pläne so weit
77 vorangeschritten sind, dass wir damit an die Öffentlichkeit gehen können.

78 **Arbeit gegen soziale Ausgrenzung- und Herrschaftsverhältnisse**

79 Auf Bitte des 55. Ausschuss der Student*innenschaften hat der Vorstand zu-
80 nächst grundlegende Literatur zum Thema Antisemitismus zur Verfügung ge-
81 stellt. In der Auseinandersetzung damit wurde der Bedarf nach inhaltlicher
82 Weiterbildung geäußert, so dass es in Zusammenarbeit mit dem AS auf der
83 57. Mitgliederversammlung Workshops zum Thema angeboten werden. Eben-
84 so besteht der Plan mit einschlägigen Strukturen Kontakt aufzunehmen, um
85 auszuloten, inwiefern es möglich ist, Bildungs- und Informationsangebote zu
86 schaffen, die eine studentische Zielgruppe ansprechen.

87 Dem Themenkomplex Ableism wollen wir uns in der zweiten Jahreshälfte zu-
88 wenden und dazu Kontakt zu betroffenen Student*innen suchen. Zusätzlich
89 gilt es sich Überblick über bereits vorhandene Daten zu verschaffen und gege-
90 benenfalls selbst neue Daten zu sammeln.

91 Gut anschlussfähig ist hier die bereits seit wenigstens zwei Jahren laufende
92 Auseinandersetzung mit Leistungszwang und Zwangsmaßnahmen an Hoch-
93 schulen und allgemein im Bildungswesen und der Gesellschaft.

94 Wenn es um Herrschafts- und Ausgrenzungsverhältnisse geht, müssen wir uns
95 auch immer selbst daraufhin prüfen, unsere theoretischen Überlegungen hinter-
96 fragen und unsere politische Praxis reflektieren. Wir haben uns in den letzten
97 Monaten bemüht, die Mitarbeit im Verband zu vereinfachen bzw. zugänglich zu
98 gestalten. Jedoch muss diese Arbeit noch weiter systematisiert werden, um den
99 Verband tatsächlich inklusiv zu gestalten. Dabei ist dem Vorstand die Zusam-
100 menarbeit mit den Antidiskriminierungsbeauftragten weiterhin sehr wichtig.
101 Die Reflexion der Verbandspraxis spielt auch in der Zusammenarbeit mit dem
102 Rat beim Punkt Organisationsentwicklung eine große Rolle. Konkrete Ergeb-
103 nisse können wir hier jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorlegen.

104 **[Re-]Produktions-/Arbeitsverhältnisse**

105 Die Beschäftigung mit [Re]Produktionsverhältnissen hatte in den letzten Mo-
106 naten vielerlei Gestalt.

107 Am offenkundigsten ist hier wohl das Dilemma rund um den Unirahmenvertrag
108 und das Urheber*innenrecht. Die Befassung mit diesem Themenbereich fördert
109 schnell studentische Belange wie Studienfinanzierung, soziale Öffnung und In-
110 klusion an Hochschulen und auch studentische Arbeitsverhältnisse zu Tage. Die
111 offensichtlichen Überlegungen drehen sich hier darum, dass ein erschwerter
112 Zugang zu Literatur, der mit einem hohen Zeitaufwand verbunden ist, vor
113 allem jene ausschließt, die erwerbstätig sein müssen, um ihr Studium zu finan-
114 zieren, Sorgearbeit an anderen Menschen leisten oder einen erhöhten Bedarf
115 an Sorgearbeit an ihrer eigenen Person haben. Jedoch war schnell klar, dass
116 eine solche Kritik nur an der Oberfläche eines bedeutend größeren Problems
117 kratzt. Nämlich jenem der Verhältnisse, in denen Wissen_schaft produziert
118 wird. Nachdem sich allerdings schnell herausgestellt hat, dass es sich dabei
119 um ein Thema handelt, was besser in einer Gruppe diskutiert wird, wurde der
120 hier der Ausschuss frauen- und genderpolitik gebeten, sich damit auseinander-
121 setzt. Das Ergebnis eben dieser Auseinandersetzung wird als Antrag auf der
122 57. Mitgliederversammlung eingereicht.

123 Auch haben wir uns für das Bündnis Lernfabriken... meutern! beim Grün-
124 dungskongress der Gewerkschaft Unter_bau an der Uni Frankfurt (am Main)
125 als Diskutant*innen zum Thema „Die Transformation organisieren – Bündnis-
126 se gegen die neoliberale Hochschule“ beteiligt. Dort hatten wir die Möglichkeit
127 uns mit Aktiven von Solidair-e-s Etudiant-e-s, Unter_bau, dem Netzwerk für
128 gute Arbeit in der Wissenschaft und dem Forum kritische Wissenschaft aus-
129 zutauschen.

130 Desweiteren behalten wir die Tarifverhandlungen im Bildungsbereich im Blick
131 und planen im nächsten halben Jahr die Zusammenarbeit mit studentischen
132 Hilfskraftinitiativen an Hochschulen wieder zu intensivieren.

133 Allerdings ist auch die alltägliche politische Arbeit von der Konfrontation
134 mit [Re]produktionsverhältnissen geprägt. Als Vorstand befinden wir uns zum
135 einen in der Situation, selbst Arbeitgeber*innen zu sein. In einem Zweier-
136 team ist es auch nicht möglich sich dieser Aufgabe zu entziehen, so dass sich
137 die Frage nach guten Arbeitsbedingungen nicht nur als Forderung an Andere
138 sondern auch an uns selbst wendet. Jedoch darf die Konfrontation mit dieser
139 Aufgabe nicht zu einer Verwässerung der eigenen Forderungen werden. Diesem
140 Anspruch gerecht zu werden, hat in den letzten Monaten auch in Zusammen-
141 arbeit mit dem AS einiges an Zeit in Anspruch genommen. Mehr dazu könnt
142 ihr im Kapitel Geschäftsstelle lesen.

143 **Landtags- und Bundestagswahlen**

144 Der Vorstand plant die anstehenden Landtagswahlen im Austausch
145 beziehungsweise in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Landesstu-
146 dent*innenzusammenschlüssen kritisch zu begleiten. Gemeinsam mit den
147 Verbandsaktiven und Interessierten sollen Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl
148 entwickelt werden. Der Aufruf hierzu soll bis zur Mitgliederversammlung
149 verschickt werden.

150 **Antirassismus / Antifaschismus**

151 Die Planungen für das festival contre le racisme haben an einigen Hochschu-
152 len bereits begonnen. Im Rahmen des Vernetzungs- und Vorbereitungstreffens,
153 wurde der 15. Mai bis 11. Juni als Aktionszeitraum abgestimmt. Die Ausein-
154 andersetzung mit Burschenschaften und den Strukturen der neuen Rechten in
155 Deutschland im Kontext aktueller Debatten und gesellschaftlicher Dynamiken
156 wurde weitergeführt. Dabei wurden außerdem Unterschiede und Gemeinsam-
157 keiten zum klassischen Neonazi-Spektrum aufgezeigt sowie die Bedeutung und
158 der Zusammenhang mit aktuellen reaktionären Bewegungen veranschaulicht.

159 Vor dem Hintergrund nationaler und europäischer Grenzpolitik, Asyl- und
160 Aufenthaltsgesetzgebung und somit einer intensivierten Abschottungspolitik
161 staatlicher Strukturen wurde über das Verhältnis zwischen staatlicher und in-
162 dividueller Ab- und Ausgrenzung diskutiert. Als Schwerpunkt für die diesjäh-
163 rige Kampagne wurde der Themenkomplex „Identitäten“ gewählt. In diesem
164 Zusammenhang sollen die begonnen Diskussionen über Abgrenzungspolitiken
165 und Gruppenverständnisse im Verhältnis zur Persönlichkeitsentwicklung, ins-
166 besondere im Kontext aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen sowie damit

167 verknüpften Diskursen zu kulturellen und sozialen Ausschlüssen weitergeführt
168 werden. Die begonnene Auseinandersetzung mit Hochschulen als Orte von
169 Ideologieproduktion, wird weitergeführt. Der Verband ist hier bereits in der
170 Lage basale Bildungsangebote zur Verfügung zu stellen.

171 Außerdem sind die Themenbereiche antifaschistische Bildungsarbeit und – po-
172 litik, welche um feministische Ansätze der Veranstaltungskonzeption erweitert
173 wurden, weiter in die Gestaltung des Seminarangebots und die Vorstandsarbeit
174 geflossen. So wurde für ein studentisches Seminar der DGB Jugend ein Vor-
175 trag zu deutschnationalistischen Kontinuitäten in studentischen Verbindungen
176 und deren Verhandlungen mit der Alten und Neuen Rechten erarbeitet und
177 gehalten.

178 Wie die feministischen Positionen des Verbandes besser in der Verbandsarbeit
179 umgesetzt werden können, und Feminismus so vom Papiertiger zu einer fe-
180 ministischen Praxis werden kann, wurde vor allem im Ausschuss frauen- und
181 genderpolitik, dem Ausschuss Finanzen und den einzelnen Planungsgruppen
182 von fzs-Veranstaltungen besprochen. Hier hat der Vorstand die Diskussionen
183 teilweise durch Informationsbeschaffung unterstützt oder sich durch Theorie-
184 arbeit und Einblicke in die Vorstandsarbeit eingebracht.

185 **Anhörungen / Parlamentarische Arbeit**

186 Wir haben mehrere Gespräche mit den bildungs-, wissenschafts- und famili-
187 enpolitischen Sprecher*innen der Bundestagsfraktionen geführt und u. a. über
188 die Themen Mutterschutzrecht, Bundesteilhabegesetz, Urheberrecht und Digi-
189 talisierung sowie BAföG diskutiert.

190 Neben den parlamentarischen Gesprächen haben wir seit der letzten ordentli-
191 chen Mitgliederversammlung haben wir zu den folgenden Gesetzes- und Ver-
192 ordnungsentwürfen Stellungnahmen abgegeben und uns an mündlichen Anhö-
193 rungen beteiligt.

- 194 • Die Stellungnahme zum Entwurf des saarländischen Hochschulgesetzes,
195 greift die grundlegenden Forderungen des fzs zu den Themen Personal-
196 politik, Gremien, Forschung und Anwesenheitspflicht auf und bezieht
197 ergänzend zu den spezifischen Regelungsansätzen des Entwurfs Stellung.
- 198 • Auf Einladung des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft und For-
199 schung des Landtags NRW wurde eine Stellungnahme zum Thema Ak-
200 kreditierung abgegeben. Die Positionierung des fzs wurde ergänzend im
201 Rahmen der öffentlichen Anhörung des Ausschusses präsentiert.

- 202 • Gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales wurde zum
203 Entwurf der Mindestlohnanpassungsverordnung, eine Stellungnahme ab-
204 gegeben die die Verbandsposition darstellt.
- 205 • Zum „Entwurf eines Gesetzes und der Verordnung zur Umsetzung auf-
206 enthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union zu Saisonarbeit-
207 nehmern, unternehmensintern Transferierten sowie Forschern, Studen-
208 ten, Praktikanten und europäischen Freiwilligen“ haben wir uns in einer
209 schriftlichen Stellungnahme an das Bundesministerium des Inneren ge-
210 äußert. Die Stellungnahme beinhaltet grundsätzliche Anmerkungen zur
211 deutschen und europäischen Gesetzgebung in den Bereichen Asyl- und
212 Aufenthaltsrecht, zur (finanziellen) Situation internationaler Studieren-
213 der, insbesondere Free Mover und der Forderung für einen freien Zugang
214 zu Bildung auf allen Ebenen. Ergänzend wurden die angedachten Ände-
215 rungen der beiden Entwürfe zur Implementierung europäischer Richtli-
216 nien in nationales Recht kommentiert.
- 217 • Zuletzt hat der Vorstand sich zum Entwurf der geplanten Änderung des
218 Landeshochschulgebühren- und Akademiegesetz Baden-Württemberg
219 auf Aufforderung durch das zuständige Wissenschaftsministerium geäu-
220 ßert. Die Stellungnahme des fzs spiegelt die grundsätzliche Positionierung
221 des Verbandes wieder und bringt eindeutig zum Ausdruck, dass jegli-
222 che Formen von Bildungsgebühren abgelehnt werden. Auf die Einzelnen
223 Reglungen des Entwurfs und die durch das Ministerium vorgelegte Be-
224 gründung sowie den artikulierten Sachzwängen sind wir im Rahmen der
225 eigenen Stellungnahme nicht eingegangen. Auch wurden keinerlei An-
226 merkungen und Vorschläge gemacht, wie die Gebühren vermeintlich so-
227 zial verträglicher gestaltet werden können. Wir sind der Auffassung, dass
228 Studiengebühren unter keinen Umständen sozial verträglich sein können.
- 229 • Ergänzend haben wir Stellungnahmen zu den Ausschussbehandlungen/-
230 anhörungen zum Mutterschutz- und Bundesteilhabegesetz in Bundestag
231 und Bundesrat abgegeben und diese im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit
232 begleitet.

233 Sämtliche Stellungnahmen werden bis zum Mitgliederversammlung auf der fzs-
234 Homepage abrufbar sein.

235 Im Rahmen der letzten Sitzung des Arbeitskreises „Deutscher Qualifikati-
236 onsrahmen“ gab es einen Austausch und Diskussionen mit Vertreter*innen

237 von Bund, Ländern, Gewerkschaften und Arbeitgeber*innen. Diese befasst
238 ten sich mit den „Empfehlungen der Europäischen Kommission zum Europäi-
239 schen Qualifikationsrahmen für Lebenslanges Lernen (EQR)“ und der „neuen
240 europäischen Agenda für Kompetenzen (Untertitel: „Humankapital, Beschäfti-
241 gungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam stärken“)“. Zudem wur-
242 den Entscheidungen über die Zuordnung von vorgeschlagenen Qualifikationen
243 zu den Niveaustufen des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) getroffen
244 und abschließend über die Entwürfe über künftige Verfahren zur Zuordnung
245 von Qualifikationen des formalen und nicht-formalen Bereichs, diskutiert.

246 Der Vorstand hat ebenfalls weiter die Arbeit der AG „Fortführung des Bologna-
247 Prozesses“ der Kultusministerkonferenz begleitet und im Rahmen der letzten
248 Sitzung am 08. November 2016 aus Verbandsperspektive den Sachstand und
249 Handlungsbedarf zum Themenkomplex „Studierende als ‚full member‘ der aka-
250 demischen Community“ eingebracht. Diesbezüglich läuft aktuell eine Abfrage
251 an die Länder, welche auf einer der folgenden Sitzungen präsentiert werden
252 soll. Die AG hat sich darüber hinaus mit den Themen „Qualitätssicherung in
253 Deutschland“, „Anerkennung und Kompetenzorientierung“, „Employability“
254 (hier Qualitätsstandards für Praktika) und „Digitalisierung im Hochschulbe-
255 reich“ beschäftigt.

256 Die nächste Sitzung der AG wird sich im Mai u. a. mit dem Thema „student
257 centred learning“ auseinandersetzen.

258 Eine Positionierung zum Entwurf des Urheberwissenschaftsgesetzes (Ur-
259 hWissG) ist gemeinsam mit dem AK UrhG geplant. Weitere Gespräche mit
260 Parlamentarier*innen sowie Akteur*innen in thematisch zuständigen Ministe-
261 rien sind geplant.

262 **Lernfabriken . . . meutern!**

263 Der Vorstand unterstützt weiterhin das Bündnis Lernfabriken... meutern!
264 Seit der MV fanden drei Vorbereitungs- und Vernetzungstreffen (16.-19.09.,
265 07.-09.10., 28.-30.10.) in Duisburg und diverse Telefonkonferenzen statt. Dort
266 wurde u. a. die Bildungsprotestkonferenz welche vom 18.11.-20.11.16 in Essen
267 stattfand, geplant.

268 An der Konferenz nahmen neben Student*innen auch Schüler*innen, vereinzelt
269 Auszubildende, Gewerkschaftler*innen und Lehrer*innen teil. In ihrem Rah-
270 men wurde über einen gemeinsamen Entwurf für ein Strategiepapier, einen
271 Aufruf und die potentielle Zeitschiene sowie die weitere Organisationsform für

272 die kommenden Bildungsproteste diskutiert. Andererseits wurde der Zusam-
273 menhang zu anderen gesellschaftlichen Problemlagen aufgezeigt, mit denen
274 progressive politisch Interessierte und Engagierte sich aktuell befassen.

275 Der Vorstand versucht nach seinen Möglichkeiten das Bündnis zu unterstützen.
276 Außerdem wurde in Absprache mit dem AS eine Stelle zu verbandsseitigen
277 Koordination des Bündnisses eingestellt. Wir stehen in engem Kontakt mit
278 der Koordinationsstelle und versuchen uns nach Kräften selbst im Bündnis
279 einzubringen.

280 Lernfabriken... meutern! stellt für den fzs eine wichtige Säule im Bereich
281 der politischen Bildung und Organisation dar, da das Bündnis das gesam-
282 te (Aus)Bildungswesen in den Blick nimmt und wir darüber mit Menschen
283 in Kontakt kommen, die in der hochschulpolitischen Blase üblicherweise nicht
284 aktiv sind und zu dieser auch aufgrund der herrschenden Verhältnisse keinen
285 Zugang haben. Hier verstehen wir den fzs auch Plattform, der die Bündnisar-
286 beit durch die Bereitstellung von Infrastruktur erleichtert. Unsere Beteiligung
287 in den letzten Monaten spiegelt diese Überzeugungen leider nur unzureichend
288 wieder, so dass wir dem Bündnis jetzt wieder bewusst eine größere Bedeutung
289 zumessen müssen und uns entsprechend einbringen.

290 Der Folgekongress wird vom 17.-19. März in Frankfurt am Main stattfinden.

291 **Feminismen konsequent denken und umsetzen**

292 Wie bereits an verschiedenen Stellen dieses Berichtes erwähnt, hat feministi-
293 sche Arbeit in den letzten Monaten eine große Rolle gespielt. Diese spiegelt sich
294 auch in den Anträgen zu dieser Mitgliederversammlung wieder. Jedoch werden
295 auch Praxen des letzten Jahres fortgeführt, wie die vorzugsweise Anfrage von
296 Referentinnen und die direkte Ansprache von aktiven Frauen im Verband, sich
297 einzubringen und Aufgaben zu übernehmen.

298 Dem fzs fehlen diverse Dinge, die in anderen Verbänden üblich sind. Die Ver-
299 netzung von aktiven Frauen im fzs wurde in den letzten Jahren nicht aktiv
300 vorangetrieben, eine Leerstelle, die zur 57. Mitgliederversammlung erstmals
301 wieder geschlossen werden soll. Der bereits im letzten Jahr begonnene Aus-
302 tausch mit anderen bundesweit aktiven Gruppen zum Thema Frauenförderung
303 wurde fortgeführt. Jedoch stellt sich immer wieder die Frage, ob eine solche
304 Förderung überhaupt in der Lage ist die Geschlechterverhältnisse wenigstens
305 innerhalb des Verbandes in eine feministische Richtung zu bewegen. Der Auf-
306 bau des fzs erfordert Maßnahmen, die über die Förderung von einzelnen Frauen
307 hinausgehen. Die Diskussion darum wird im Rat und dem Ausschuss für frauen-
308 und genderpolitik zusammen mit dem Vorstand fortgeführt.

309 Die Arbeit des Bündnisses gegen Pick Up „Artists“ wurde im neuen Jahr wie-
310 der aktiv aufgenommen. Nachdem letzten Winter der AStA der Uni Frankfurt
311 von einem Pick Up „Artist“ wegen identifizierender Berichterstattung in einer
312 Zeitung verklagt wurde, hat sich mithilfe des AStA und des fzs ein solidari-
313 sches, antisexistisches Bündnis gegründet, welches besagte Berichterstattung
314 ebenfalls veröffentlicht hat. Bisher wurden alle dazu anhängigen Klagen zu-
315 gunsten der Beklagten, also jenen, die die Berichte veröffentlicht haben, ent-
316 schieden. Mit diesen Strukturen wurde im Laufe der Verfahren der Kontakt
317 gehalten. Im Januar gab dann wieder einen breiteren Angriff auf das Bündnis
318 durch erneute finanzielle Forderungen an Strukturen, die im Bündnis organi-
319 siert sind. Wir stehen weiterhin solidarisch zueinander und haben das Bündnis
320 wiederbelebt. Bis zur Mitgliederversammlung gibt es hier sicherlich mehr zu
321 berichten.

322 Im September hat das diesjährige Vernetzungstreffen zu den Aktionstagen ge-
323 sellschaft macht geschlecht stattgefunden. Hier wurde ein Aktionszeitraum an-
324 gestimmt, der mittlerweile auch vergangen ist. Es wurden zahlreiche Gruppen
325 durch Material und Referent*innensuche und -anfragen unterstützt. Ebenso
326 haben wir wieder Kampagnenmaterial versendet und Gruppen konkrete Hil-
327 festellungen bei Veranstaltungsorganisation und weiteren Sachverhalten gege-
328 ben.

329 Dieses Jahr findet das Vorbereitungstreffen im Frühsommer statt, so dass die
330 Vorbereitungszeit erheblich länger ist und damit hoffentlich auch wieder mehr
331 Raum ist, neue Gruppen für unsere antisexistischen, feministischen Aktions-
332 tage zu gewinnen.

333 **Vernetzung mit Landesstudierendenzusammenschlüssen und Bun-** 334 **desfachschaftentagungen**

335 Wir versuchen, möglichst häufig persönlich an Treffen der
336 Landesstudierendenzusammen-schlüsse teilzunehmen. So wurde an Sitzungen
337 der LAK Bayern, der LAK Baden-Württemberg, der LAK Rheinland-Pfalz,
338 der KTS – Konferenz Thüringer Studierendenschaften und der KSS –
339 Konferenz Sächsischer Studierendenschaften teilgenommen. Gemeinsam mit
340 den Landesstudierendenvertretungen wurden Positionen zur VG-Wort/UrhG
341 diskutiert und ein Offener Brief zur VG-Wort-Debatte veröffentlicht.

342 Am Austausch der Landesstudierendenvertretungen nahm der fzs stets Teil
343 und diskutierte mit den Landesstrukturen über Themen von A wie Akkredi-
344 tierung bis Z wie Zulassungsrecht.

345 Ebenso haben wir die LAK BaWü aktiv durch die Erstellung und Bereitstel-
346 lung von Material bei ihren Protesten gegen Studiengebühren unterstützt und
347 haben uns an Veranstaltungen dazu beteiligt.

348 **Bündnisarbeit**

349 Der Vorstand hat das Bafög-Bündnis weiter begleitet. Mitte Februar wird der
350 alternative Bafög-Bericht veröffentlicht und eine Multiplikator*innenschulung
351 zu diesem ist für das Wochenende 17.-19. Februar geplant.

352 Die Arbeit des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) und des Koor-
353 dinierungsorgans (KO) wurde weiter begleitet. Im Rahmen der Arbeit wur-
354 de die Öffentlichkeitsarbeit zur Klage einer Studentin gegen Studiengebühren
355 für internationale Studierende an der Hochschule für Musik und Theater „Fe-
356 lix Mendelssohn Bartholdy“ Leipzig unterstützt. Das Verfahren endete leider
357 nicht mit einer grundsätzlichen Entscheidung, da die Hochschule den Gebüh-
358 renbescheid zurückgezogen hat. Aktuell befindet sich das ABS auf der Suche
359 nach internationalen Studierenden der HMT Leipzig, welche die Klage gegen
360 die zwischenzeitlich geänderte Gebührenordnung fortsetzen wollen.

361 Gemeinsam wurde, neben mehren Briefen an Frau Bauer und die Mitglie-
362 der des Landtags BaWü sowie Pressemitteilungen, Stellungnahmen und Gut-
363 achten, ein offener Brief gegen die geplanten Studien- und Bildungsgebühren
364 in Baden-Württemberg zur Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) von Bündnis
365 90/Die Grünen veröffentlicht. Dieser wurde in Münster auf der BDK und in
366 einer modifizierten Fassung ebenfalls an die Teilnehmer*innen der Landesde-
367 legiertenkonferenz (LDK) in Schwäbisch Gmünd verteilt.

368 Darüber hinaus wurde eine gemeinsame Broschüre mit dem Titel „Studen-
369 tische Beiträge zu den Studierendenwerken“, welche sich mit der Entwick-
370 lung von Semesterbeiträgen zu Student*innenwerken, Wohnheimmieten und
371 -plätzen sowie der Preisentwicklung in Mensen und Cafeterien beschäftigt, in
372 Zusammenarbeit mit dem AStA Marburg und dem AStA der Goethe Uni
373 Frankfurt erstellt. Eine Aktualisierung und Neuauflage ist in Planung.

374 **Mitgliederversammlungen**

375 Seit der letzten ordentlichen Mitgliederversammlung in Hannover fand am 29.
376 Januar die 56. außerordentliche Mitgliederversammlung in Frankfurt am Main
377 statt. Die 56. ao. MV war durch die dringende Aufforderung zur Anpassung der
378 Satzung durch das zuständige Finanzamt im Kontext der weiteren Anerken-
379 nung, des fzs als gemeinnütziger Verein bedingt und beschäftigte sich insofern
380 mit der Anpassung von ‚§2 Zweck des Vereins‘ und der Änderung von ‚§ 52

381 Auflösung des Vereins‘. Beide Satzungsänderungen liegen zum Zeitpunkt des
382 Verfassens dieses Berichts zur Eintragung beim registerführenden Amtsgericht
383 und in Kopie bei zuständigen Finanzamt für Körperschaften.

384 Darüber hinaus ist die Vorbereitung der 57. MV zum Zeitpunkt des Verfas-
385 sens dieses Berichtes relativ weit vorangeschritten. Hierbei sind insbesonde-
386 re die, gemeinsam mit dem Ausschuss der Student*innenschaften, geplanten
387 Workshops im Themenkomplex Antisemitismus, welche am Samstagnachmit-
388 tag stattfinden sollen, hervorzuheben. Außerdem haben wir den Ausschuss
389 frauen- und genderpolitik dabei unterstützt, die notwendigen Voraussetzungen
390 für einen feministischen Infotisch und ein Frauenvernetzungstreffen zu schaf-
391 fen.

392 **Homepage**

393 Es gab ein Gespräch mit dem AK-IT, diesem wurden die uns vorliegenden
394 aktuellen Angebote weitergeleitet.

395 **Geschäftsstelle**

396 Das Vorstandsbüro wurde umgestaltet und auf zwei Arbeitsplätze angepasst.
397 In diesem Schritt wurden die teilweise defekten beziehungsweise flackernden
398 Leuchtstoffröhren der Schreibtischlampen gegen LEDs ausgetauscht.

399 Gegen die Fußkälte und den Wärmeverlust durch die großen Glasflächen im
400 Büro der Angestellten konnte noch kein probates Mittel gefunden werden.
401 Gemeinsam mit den Angestellten bemühen wir uns jedoch darum eine Lösung
402 für dieses Problem zu finden.

403 Wie üblich wurde mit der Geschäftsstelle in allen Angelegenheiten, die das
404 BMBF und die dort beantragten Seminare betreffen, sehr eng zusammengear-
405 beitet. Hierzu zählen u. a. die Anträge, sämtliche Korrespondenz, Abrechnun-
406 gen und das Berichtswesen. Die Einbindung der Geschäftsstelle bei Recher-
407 chetätigkeiten im Zusammenhang mit der Kampagnen- und Projektarbeit des
408 Verbandes wurde weitergeführt.

409 Um Arbeitsabläufe flüssiger zu gestalten, wurde vereinbart wöchentliche Te-
410 lefonkonferenzen des Teams und feste Teammeetings im Acht-Wochen-Turnus
411 einzuführen. Aufgrund krankheits- und urlaubsbedingter Ausfälle und somit
412 längerfristigem reduzierten Personalstand, war es nicht möglich diese Verein-
413 barung kontinuierlich umzusetzen.

414 Im Verlauf der bisherigen Amtszeit hat sich somit gezeigt, dass der Perso-
415 nalschlüssel bei unvorhergesehenen Ausfällen zu niedrig ist, um laufende Auf-
416 gaben decken zu können. In diesem Zusammenhang wurde in Abstimmung
417 mit dem Ausschuss der Student*innenschaften eine Assistenzstelle für die Ge-
418 schäftsstelle geschaffen. Um die neu eingerichtete Stelle und das angesetzte
419 Stundenbudget evaluieren und anpassen zu können haben wir uns dazu ent-
420 schieden diese zuerst nur bis Mitte April zu befristen. Wir behalten uns unter
421 Berücksichtigung der Angestellten und im Austausch mit dem AS vor, die
422 Stelle fortzuschreiben, aufzustocken oder umzubauen.

423 Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Vorstand versucht hat kontinuier-
424 lich mit wenigstens einer Person etwa an einem Tag in der Woche vor Ort in
425 Berlin zu sein. Das ist uns nicht durchgängig gelungen, jedoch hat sich gezeigt,
426 dass es die Zusammenarbeit und die Wahrnehmung der Verwaltungsaufgaben
427 in der Geschäftsstelle erheblich erleichtert, regelmäßig mit zwei Personen in
428 Berlin zu sein. Auch die Zusammenarbeit mit der Buchhaltung hat sich so seit
429 Beginn der Amtszeit weiter verbessert.

430 **Mitglieder**

431 Die Studierendenschaft der Evangelischen Hochschule Darmstadt hat sich im
432 Januar für eine Mitgliedschaft im fzs entschieden. Im vierten Quartal haben
433 sich zudem die Studierendenschaften der Technischen Universität Darmstadt
434 und der University of Applied Sciences Frankfurt am Main für eine Fördermit-
435 gliedschaft mit Beginn des Jahres 2017 entschieden.

436 **Publikationen**

437 Mehrere Publikationen wurden in Kooperation erstellt. So wurden mit der
438 LAK Baden-Württemberg, der VS der Uni Heidelberg und dem Ausschuss In-
439 ternationales drei Flyer gegen das Studien- und Bildungsgebührenvorhaben der
440 grün-schwarzen Landesregierung entworfen, gedruckt und verteilt. Gemeinsam
441 mit dem Aktionsbündnis gegen Studien- und Bildungsgebühren, den ASten
442 der Uni Marburg und Frankfurt wurde eine Broschüre zum Thema „Studenti-
443 sche Beiträge zu den Studierendenwerken“ veröffentlicht und verschickt (vgl.
444 Bündnisarbeit).

445 Auch im Kontext der Arbeit im Bündnis lernfabriken ... meutern wurden
446 verschiedene allgemeine und themen- und veranstaltungsspezifische Plakate,
447 Flyer und Aufkleber erstellt.

448 Zuletzt wurde der Selbstdarstellungsflyer neu aufgelegt.

449 **Rat des fzs**

450 Gemeinsam mit den Mitgliedern des Rats wurde dessen Konstituierung vor-
451 bereitet, welche anschließend vom Vorstand begleitet wurde. Auf Bitte der
452 Mitglieder des Rats erfolgte eine Zuarbeit zu den Themen Homepage und
453 Kampagnenplanung.

454 **Seminare**

455 Seit der letzten ordentlichen Mitgliederversammlung haben mehrere Seminare
456 stattgefunden. Dies waren aufgrund der erhöhten Anzahl an bewilligten Semi-
457 naren in der Förderperiode 2015/2016 und der vom letzten Vorstand geplanten
458 Terminierung das Sommercamp – Proben für den großen Krach (24.-28. Au-
459 gust 2016, Berlin), das Vorbereitungs- und Vernetzungstreffen der Aktionstage
460 gegen Sexismus und Homophobie (09.-11. September 2016, Lüneburg) und das
461 Einsteiger*innenseminar für Hochschulpolitik (23.-25. September 2016) welche
462 mit Unterstützung der ehemaligen Vorstandsmitglieder umgesetzt wurden.

463 Für die laufende Förderperiode (2016/2017) wurde für deutlich weniger Se-
464 minare (12) eine Förderung bewilligt. Durch die verschobene Veröffentlichung
465 der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks wurde das ursprüng-
466 lich vom 25.-27. November geplante Seminar mit dem Titel „Die soziale Lage
467 bin Student*innen in Zeiten von Gentrifizierung und Mindestlohn“ auf das
468 Wochenende 21. -23. Juli 2017 verschoben.

469 Zuletzt fand das Vorbereitungs- und Vernetzungstreffen zum festival contre le
470 rasicme (fclr) vom 20.-22. Januar 2017 in Berlin statt (vgl. Antirassismus).

AntragstellerInnen

Vorstand

57-5-3-3

AntragstellerInnen: Ausschuss Frauen*- und Genderpolitik

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Ausschusses für Frauen*- und Genderpolitik

1 Ausschussmitglieder: Louise Haitz (Universität Konstanz), Lydia Kray (Uni-
2 versität Potsdam), Lina Taube (TU Berlin), Niki Poppins (Hochschule Nie-
3 derrhein), Marie Dücker (Medizinischen Hochschule Hannover), Ronja Hesse
4 (Universität Lüneburg), Nejla Salakovic (Universität Hannover), Juliette Brill-
5 let (Universität Eichstätt-Ingolstadt), Tobi* Warkentin (Universität Bielefeld),
6 Randi Becker (Uni Gießen), Moritz Keßler (Universität Würzburg).

7 Der Ausschuss hat bis zur Verschickungsfrist der 57. MV dreimal getagt. Die
8 Konstituierung fand in Freiburg (29.09-02.10.2016), die beiden anderen Sit-
9 zungen in Hannover (02.-04.12.2016) und in der Geschäftsstelle in Berlin (27.-
10 29.01.2017) statt. Seit der 55. MV trifft sich der Ausschuss zu zweiwöchentli-
11 chen Telefonkonferenzen. Nejla Salakovic wurde in den Ausschuss Internatio-
12 nales entsandt. Sowohl bei den Sitzungen als auch in den Telefonkonferenzen
13 wurde der Ausschuss durch den Vorstand und die Antidiskriminierungsbeauf-
14 tragten sehr gut unterstützt. Der Ausschuss setzt sich auch in diesem Jahr
15 wieder damit auseinander, welche feministische Positionen der fzs in Bezug
16 auf aktuelle Debatten wie die Diskussion rund um VG-Wort und den Unirah-
17 menvertrag einnehmen sollte aber auch, wie Feminismus weiter im Verband
18 etabliert werden kann.

19 So wurde während der konstituierenden Sitzung über die Neuerungen des Mut-
20 terschutzgesetzes und über AllGender-Toiletten diskutiert. Die Erkenntnisse
21 aus der Diskussion über Letzteres sollen im Laufe der Amtszeit in einer Publi-
22 kation über Räume in/an der Universität festgehalten werden. Während der

23 zweiten Sitzung stand eine Diskussion über die VG-Wort und den neuen Uni-
24 rahmenvertrag im Mittelpunkt. Aus dieser ist ein Antrag an die 57. MV über
25 eine feministische Kritik an VG-Wort und dem Urheberrecht entstanden. In
26 Anschluss an viele Diskussionen über Interventionsmöglichkeiten gegen Sexis-
27 mus im fzs, und die Bedeutung von Feminismus für den Verband wurde wäh-
28 rend der dritten Sitzung ein Positionspapier zum Feminismus-Begriff verfasst.
29 Daneben plant der Ausschuss eine Aktionskonferenz zur Organisationsfragen
30 (16.-18.06.2017) und ein Seminar zu Frauen* in der VS (02.-04.08.2017). Da
31 sich für die vergangenen Seminare zu wenig Menschen angemeldet haben, be-
32 gannen wir frühzeitig mit Planung und werden die Veranstaltungen mit viel
33 Vorlauf bewerben.

AntragstellerInnen

Ausschuss Frauen*- und Genderpolitik

57-5-3-1

AntragstellerInnen: Ausschuss VS/PM

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Ausschusses Verfasste Student*innenschaft / Politisches Mandat zur 57. MV

Ausschussmitglieder: Jacob Bohé, Marcus D. D. Đào, Tobias Eisch, Sandra
Heidbrecht, Vincent Orth, Bastian Saß, Michael Schema, Dorian Tigges, Astrid
Wriedt

Kooptiert wurden: Dominik Graf, Pia Haupeltshofer, Florian Kombrecht,
Holger Rosebrock

Als Ausschusskoordinatorinnen wurden Sandra Heidbrecht und Astrid Wriedt
gewählt. Der Ausschuss hat bis zu Verschiebungsfrist dreimal getagt und hatte
drei Telefonkonferenzen. Die Konstituierung fand gemeinsam mit den anderen
Ausschüssen, außer Internationales, in Freiburg statt. Die weiteren Sitzungen
fanden in Erfurt und Passau statt.

Burschenschaften

Der Ausschuss kam zu der Feststellung, dass die Burschenschaften in Deutsch-
land und Österreich wieder verstärkt politisch auftreten. Der Ausschuss sieht
dies im Zusammenhang mit dem Erstarken der sogenannten neuen Rechten,
in der sich auch viele Burschenschafter wiederfinden. Aufgrund der Reaktio-
nen auf Publikationen und Workshops war im vergangenen Jahr zu beobach-
ten, dass sich sämtliche Burschenschaften, auch diejenigen die nicht im DB
organisiert sind, besser vernetzen und koordinieren. So sind im Moment wie-
der gezielte und bundesweit koordinierte Aktionen gegen die allgemeine Stu-
dent*innenorganisation zu beobachten. Vorallem in sozialen Netzwerken gab

21 es hier große Veränderungen. Hier werden gezielt Kampagnen gegen Vorträge
22 und Workshops gefahren, die vorher in Facebook Gruppen mit mehreren tau-
23 send Burschenschafftern abgesprochen wurden. Doch auch im nicht-virtuellen,
24 im realen, Raum ist eine größere politische Aktivität von Burschenschaften zu
25 beobachten. Diese Entwicklung beobachtet der Ausschuss sehr kritisch, da das
26 Konzept des Lebensbundes und der studentischen Verbindung im Gegensatz
27 zur Verfassten Student*innenschaft steht, welche allgemein und offen für alle
28 ist. Deshalb hat der Ausschuss beschlossen, eine Broschüre zu dieser Thematik
29 herauszugeben. In dieser sollen die Verknüpfungen zur neuen Rechten, das Ver-
30 hältnis zur Verfassten Student*innenschaft, sowie der sexistische, nationalisti-
31 sche, autoritäre und reaktionäre Charakter von Verbindungen herausgearbeitet
32 und dargelegt werden. Bis zur Verschickungsfrist wurden bereits bestehende
33 Reader gesichtet und ausgewertet.

34 **Seminare**

35 Bis zur Verschickung beschäftigte sich der Ausschuss mit der Organisation des
36 Seminars "Demokratie und Wissenschaft", welches vom 21. – 23. April statt-
37 findet. Das Seminar gibt einen Überblick über die verschiedenen Organisati-
38 onsformen an Universitäten, wie die Verfasste Student*innenschaft (VS), Ge-
39 werkschaften und basisdemokratische Organisationsentwürfe. Dies wird durch
40 eine theoretische Aufarbeitung von Demokratie, demokratischen Organisati-
41 onsformen in einer pluralistischen Gesellschaft und den Austausch mit anderen
42 Gruppen erreicht. Durch die Vernetzung und Arbeit mit anderen universitär-
43 en Gruppen, soll ein Bewusstsein für den demokratischen Raum Hochschule
44 geschaffen werden. Ein weiteres Ziel des Seminars soll es sein, die eigenen Struk-
45 turen demokratietheoretisch zu reflektieren. Die studentische Selbstverwaltung
46 ist Arbeitgeber und vereint viele Ressourcen in sich. Deshalb wird sich das Se-
47 minar mit der Verfassten Student*innenschaft demokratietheoretisch ausein-
48 andersetzen und auch versuchen herauszuarbeiten, ob es innerhalb der eigenen
49 Struktur zu Machtakkumulationen kommt und inwiefern diese erwünscht sind.
50 Das Thema Arbeit soll auch beleuchtet werden. Hier betrachten wir die Rolle
51 von Student*innen als Arbeitgeber*innen in der VS. Auch der Blick auf die
52 Hochschule und deren Einfluss auf die VS wird getätigt. Hier wollen wir uns
53 anschauen, inwiefern der Wandel zur unternehmerischen Hochschule auch Ein-
54 fluss auf die Selbstorganisation hat. Doch auch die Arbeitssituation innerhalb
55 der Hochschule soll untersucht werden. Hier wird auf die Frage eingegangen,
56 inwiefern unterschiedliche Statusgruppen innerhalb der Hochschule als Konkur-
57 rent*innen um Arbeitsplätze auftauchen. In den verschiedenen Ländern und
58 an den unterschiedlichen Hochschulen gibt es unterschiedliche Strukturen und

59 hochschulpolitische Entwicklungen, die gemeinsam diskutiert und reflektiert
60 werden.

61 Bis zur Vershickung wurde der Seminarplan aufgestellt, Organisatorisches vor-
62 angebracht und die Referent*innen angefragt.

63 **Inhaltliche Arbeit**

64 Bis zur Vershickung hat sich der Ausschuss mit unterschiedlichsten inhalt-
65 lichen Dingen auseinandergesetzt. Es wurden Informationen und Wissen zu
66 den Themen "Innenrevision in der Verfassten Student*innenschaft", "'Pick-
67 Up-Artists' Frankfurt – Politisches Mandat", "Beitragsautonomie", "Organi-
68 sation und Austrittswelle Verfasster Student*innenschaften in Baden Würt-
69 temberg" und "Statusgruppen als Konkurrent*innen um Arbeitsplätze an der
70 Hochschule" zusammengetragen.

71 **Bayern**

72 Auf seiner Sitzung in Passau hat der Ausschuss den Unterausschuss "VS in
73 Bayern" gegründet, da sich der Ausschuss näher mit der Thematik Studivertre-
74 tung und VS in Bayern beschäftigen will. Dieser ist hauptsächlich mit Vertre-
75 ter*innen bayerischer Student*innenschaften und (ehemalig) VS-Aktiven beset-
76 zt. Mitglieder des Unterausschusses sind Toby, Pia, Schema, Graf, Flo und
77 Holger. Da Bayern als einziges Bundesland keine Verfasste Student*innenschaft
78 hat, sieht es der Ausschuss unter anderem als eine seiner wichtigsten Aufgaben,
79 die Entwicklungen in Bayern zu beobachten und die Student*innenschaften in
80 ihrem Kampf für die Verfasste Student*innenschaft zu unterstützen. Hierfür
81 könnte der Ausschuss auf einer bayernweiten Konferenz Input zu Thematik ge-
82 ben. Der Unterausschuss soll vor allem der strukturellen und inhaltlichen Un-
83 terstützung dienen. Bis zur Vershickung wurde der Unterausschuss in Passau
84 gegründet und mit Mitgliedern besetzt.

85 **Zusammenarbeit mit dem Vorstand**

86 Die Zusammenarbeit mit dem betreuenden Vorstandsmitglied gestaltete sich
87 sehr angenehm und produktiv. Durch die Einrichtung einer Pad-Struktur wur-
88 den Arbeitsabläufe stark vereinfacht und zusammengeführt. Auf die Wünsche
89 und Erwartungen des Ausschuss ging der Vorstand immer ein und ermöglichte
90 dadurch eine gute Zusammenarbeit.

91 **Spaß**

⁹² Trotz intensiver und langer Arbeitszeiten ist es dem Ausschuss gelungen auf
⁹³ seinen Sitzungen auch Spaß zu haben. In Erfurt war dies durch eine gemein-
⁹⁴ same Kneipentour möglich, in Passau erfreute sich der Ausschuss an einem
⁹⁵ geselligen Abend im “frei*raum“, einem selbstverwalteten Raum in Passau.

AntragstellerInnen

Ausschuss VS/PM

57-5-3-2

AntragstellerInnen: Ausschuss Sozialpolitik

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Ausschuss Sozialpolitik

1 Der Ausschuss hat seit der Mitgliederversammlung in Hannover zwei mal ge-
2 tagt: Während der gemeinsamen Konstituierung aller fzs-Ausschüsse in Frei-
3 burg im Oktober 2016 und im Januar 2017 in Berlin. Leider ist die dazwischen
4 geplante Sitzung im Dezember wegen mangelnder Beteiligung ausgefallen.

5 Im Rahmen der konstituierenden Sitzung wurde Amanda kooptiert.

6 In den Aufgabenbereich des Ausschusses fallen nach Absprache mit dem Vor-
7 stand die Semianre zu “Die soziale Lage von Student*innen in Zeiten von
8 Gentrifizierung und Mindestlohn“, das die Ergebnisse der Sozialerhebung dis-
9 kutieren soll, und der Bundeskongress studentischer Sozialpolitik (BUKS).

10 Das Seminar zur Sozialerhebung wurde von November 2016 auf Juli 2017 ver-
11 schoben, da die Veröffentlichung der Sozialerhebung verschoben wurde. Die
12 Veröffentlichung wird abgewartet, vorraussichtlich werden aber die Themen
13 Barrieren, Mobilität. Wohnen und Studienfinanzierung angesprochen.

14 Der Bundeskongress wird vom 5.-7. Mai 2017 statt finden. Neben der bekann-
15 ten politischen Schiene des Kongresses wird die BAföG-Schulung und das Prü-
16 fungsrechtsseminar Teil des BUKS sein. Das Oberthema des BUKS soll Zeit
17 sein.

18 Der Ausschuss hat folgende Themen zusätzlich bearbeitet.

- 19 • Mutterschutzgesetz: Die Novelierung des Mutterschutzgesetzes und Um-
20 setzung auf Landes- und Hochschulebene wurde begleitet und vorberei-
21 tet.

- 22 • Arbeitsverhältnisse an Hochschulen: Zu diesem Thema soll eine Broschü-
23 re erarbeitet werden, die für Einsteiger*innen in das Thema Beschäfti-
24 gung Grundlegendes zusammenfasst. Themen sollen dabei Arbeitsrecht,
25 Hochschulrecht, Tarifverträge, Beschäftigtengruppen und ihre Rechte
26 und Pflichten sowie die Vorstellung von Initiativen sein.
- 27 • Rente: Der Ausschuss wurde angefragt sich zum Thema Rente zu äußern.
28 Der Ausschuss hat sich Debatte zum Thema angesehen und überlegt wel-
29 che Position man aus stehender fzs Position ableiten kann. Der Ausschuss
30 wird sich auf dem BUKS dazu aufschlauen und eine Positionierung zur
31 nächsten MV vorschlagen.
- 32 • BAföG: Der Ausschuss begleitet die Debatte, beteiligt sich am BAföG-
33 Bündnis und hält Vorträge zum Thema.

AntragstellerInnen

Ausschuss Sozialpolitik

57-5-3-4

AntragstellerInnen: Ausschuss Finanzen

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht Ausschuss Finanzen

1 Der Ausschuss Finanzen hat im ersten Halbjahr der Legislatur 16/17 zwei
2 Sitzungen und zwei Telefonkonferenzen abgehalten. Felix und Anna überneh-
3 men die Rolle der Ausschuss-Koordination. Für den Ausschuss Finanzen sitzen
4 Anna und Felix im Ausschuss Internationales.

5 Laufende Projekte:

6 • Genderbudgeting

7 Die Legislaturen 13/14 – 14/15 wurden abgeschlossen ausgewertet. Das
8 Projekt Genderbudgeting ist ein fortlaufendes Projekt, welches jedes Jahr
9 neu ausgewertet werden muss, da die Ergebnisse jeweils mit den Vorjah-
10 ren verglichen werden müssen. Es wird zusammen mit dem Vorstand dar-
11 an gearbeitet, dass die Zusammentragung von Daten automatisch durch
12 die Buchhaltung abläuft und nicht alles einzeln herausgesucht werden
13 muss. Es gibt ebenfalls einen strukturellen Antrag, welcher unterand-
14 erem aus den Ergebnissen des Genderbudgetings heraus entstand.

15 • Visualisierung der Mitgliedschaftssituation

16 kurz vor der Fertigstellung

17 • Umsatzsteuerpflicht & Aufwandsentschädigungen in Studierendenschaf- 18 ten

19 Der Ausschuss arbeitet zum Thema Umsatzsteuerpflicht, da das Thema
20 Aufwandsentschädigungen schon im VSPM-Reader bearbeitet wurde. Es
21 wurde angefangen Daten zusammen zu tragen.

22 • Selbstversicherung in Student*innenschaften

23 Wegen eines konkreten Falls, bei dem eine Studierendenschaft in Nie-
24 dersachsen eine Versicherung auf Anweisung der Rechtsaufsicht durch
25 die Hochschule kündigen musste, hatte der Ausschuss geplant, zu die-
26 sem Thema die Kooperation mit der LandesAstenKonferenz (LAK) Nie-
27 dersachsen zu suchen. Ein erstes Gespräch hierzu fand im Rahmen der
28 Sitzung der LAK am 26. Januar 2017 in Hannover statt. Es ist geplant,
29 bereits in der nächsten Sitzung weiter gemeinsam an dem Thema zu
30 arbeiten.

31 • Studienzuschüsse / Qualitätsverbesserungsmittel

32 Was sollte und darf mit den Studienzuschüssen/ Qualitätsverbesserungs-
33 mitteln unternommen werden? Was wird aus dem Ersatz für Studienge-
34 bühren? Etc.

35 Es wird ein Fragenkatalog erstellt und dieser zunächst an die Studieren-
36 denschaften der Ausschussmitglieder verschickt, um ein Konzept erarbei-
37 ten zu können, bevor weitere Universitäten befragt werden.

38 • Besprechung des Haushaltsabschlusses und Nachtragshaushalts

39 Siehe Votum.

AntragstellerInnen

Ausschuss Finanzen

57-5-3-5

AntragstellerInnen: Ausschuss Internationales

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht Ausschuss Internationales

1 Schwerpunkte diesen Jahres:

- 2 • Internationale Solidaritätsarbeit (Fund our future, Solidaritätsbekun-
3 dungen, Basisgruppenvernetzung etc.)
- 4 • Die internationalen Studiengebühren in BaWü kritisieren/bekämpfen
5 Flyer erstellt (auf Deutsch und Englisch)
6 Resolution bei ESU eingebracht, die beschlossen wurde
7 Position für kommende fzs MV verfasst
- 8 • ESU
9 Besprechung der Mandatierungs-Matrix
10 Vorbereitung auf ESC und BM
11 Position zum Brexit für kommende fzs MV verfasst

AntragstellerInnen

Ausschuss Internationales

57-5-3-6

AntragstellerInnen: Ausschuss Studienreform

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht Ausschuss Studienreform

1 In den Ausschuss Studienreform wurden auf der MV im letzten Sommer 9
2 Menschen gewählt. Auf der zweiten Ausschusssitzung wurden zwei Menschen
3 in den Ausschuss kooptiert.

4 Insgesamt fanden bisher drei Ausschusssitzungen statt. Die konstituierende Sit-
5 zung fand vom 03.-04.09.2016 an der Universität Bonn statt, die zweite Sitzung
6 vom 05.-06.11.2016 in Hannover und die dritte am 18.02.2017 in Frankfurt am
7 Main. Zudem gab es zwischen den Sitzungen mehrere Telefonkonferenzen zur
8 weiteren internen Ausschusskoordinierung.

9 Der inhaltliche Schwerpunkt lag hierbei auf dem Thema Akkreditierung und
10 Qualitätssicherung im weiteren Sinne. Der ASR hat hierbei ein Reformpapier
11 erstellt, welches durch den AS beschlossen und vom Vorstand veröffentlicht
12 wurde, in welchem Stellung genommen wird wie sich der Verband das Akkre-
13 ditierungswesen in Zukunft von der Organisation und Struktur her vorstellt.
14 Dies geschah vor dem Hintergrund der Beratungen über den Staatsvertrag zum
15 Akkreditierungswesen. Letzteren hat der ASR auf der letzten Sitzung in Form
16 einer Pressemitteilung inhaltlich kommentiert und wird nun den weiteren Pro-
17 zess sowie die Entwicklungen von Musterverordnungen in den Ländern beglei-
18 ten. Darüber hinaus soll auch die Weiterentwicklung der inhaltlichen Kriterien,
19 die Schulungen der Gutachter, sowie die interne Qualitätssicherung an Hoch-
20 schulen in den Blick genommen werden. Hierbei strebt der ASR auch einen
21 engeren Austausch mit dem KASAP an. Desweiteren soll das Thema Quali-
22 tätssicherung in Dualen Studiengängen in den Blick genommen werden.

²³ Darüber hinaus hat sich der Ausschuss mit der Planung eines studentischen
²⁴ Kongress zum Thema „Kritische Lehre“ befasst und setzt sich mit dem Thema
²⁵ Urheberrecht auseinander. Hierbei besteht Kontakt zum AK Urheberrecht.

AntragstellerInnen

Ausschuss Studienreform

57-5-4-1

AntragstellerInnen: AK Urheber*innenrecht

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des AK Urheber*innenrecht

1 Der Arbeitskreis (AK) wurde auf der Sitzung des Ausschusses der Stu-
2 dent*innenschaften vom 13. bis zum 15. Januar 2017 in Lüneburg nach § 37 (3)
3 Satz 2 der Satzung des freien Zusammenschluss von student*innenschaften vor-
4 läufig als Arbeitskreis „AK UrhG“ eingerichtet. Auf einer Telefonkonferenz am
5 31. Januar 2017 hat der AK seine Konstituierung geplant. Auf der Konstituie-
6 rung am 25. Februar 2017 in Regensburg hat der AK seine Arbeitsweise, den
7 Umgang mit der Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz (KMK), Hoch-
8 schulrektorenkonferenz (HRK) und Verwertungsgesellschaft Wort (VG Wort)
9 sowie den „Referentenentwurf eines Gesetzes zur Angleichung des Urheber-
10 rechts an die aktuellen Erfordernisse der Wissensgesellschaft (Urheberrechts-
11 Wissensgesellschafts-Gesetz – UrhWissG)“ diskutiert. Als Ergebnis wurde ein
12 Entwurf für einen offenen Brief an die Arbeitsgruppe sowie ein Entwurf für eine
13 Stellungnahme zum vorliegenden Entwurf des UrhWissG geschrieben. Der AK
14 möchte als Arbeitskreis „AK Urheber*innenrecht“ regulär eingerichtet bzw.
15 bestätigt werden und hat deshalb einen Antrag zur 57. Mitgliederversamm-
16 lung des freien Zusammenschluss von student*innenschaften vom 3. bis zum 5.
17 März 2017 in Kassel eingereicht. Weiter soll bis Oktober 2017 mindestens ein
18 weiteres Treffen des AK stattfinden.

AntragstellerInnen

AK Urheber*innenrecht

57-5-5

AntragstellerInnen: Rat des fzs

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Rat des fzs

- 1 Der Rat hat sich zwei mal seit der Wahl-MV getroffen.
- 2 Sitzung Oktober 2016:
- 3 Bei einer Diskussion über das Selbstverständnis waren wir uns einig, dass wir
4 die anderen Gremien – insbesondere den Vorstand – bei Bedarf unterstützen
5 wollen, dass der Rat außerdem ein Gremium des institutionellen Netzwerks
6 sein soll und dass wir in Absprache mit dem Vorstand auch eigene Projekte
7 umsetzen möchten. Dabei gibt es grundlegend die interne verbandsbezogene
8 Funktion des Rates und dann die externe Vernetzungsfunktion. Der Rat bie-
9 tet außerdem die Möglichkeit Erfahrungswissen weiterzugeben und so für ein
10 besseres Wissensmanagement im Verband zu sorgen und fachübergreifend zu
11 diskutieren. Eine Herausforderung ist die quotierte Beteiligung von Frauen auf
12 der Sitzung, was besonders dadurch verdeutlicht wurde, dass der Frauenanteil
13 auf der ersten Sitzung zu gering war. Es gab auf der Sitzung eine Vielzahl
14 von Themen, die der Rat grundsätzlich behandeln wollte, aber wir waren uns
15 einig, dass wir nicht alle Themen behandeln können. Die konkreten Themen-
16 vorschläge sind im öffentlichen Protokoll festgehalten.
- 17 Ein Thema, das wir auf der Sitzung behandelt haben, war Förderung von
18 Frauen und Frauenkarrieren im Verband.
- 19 Außerdem haben wir uns über das Veranstaltungsmanagement und die Ver-
20 anstaltungsstrategie unterhalten. Wir waren uns einig, dass der Vorstand mo-
21 mentan zu viel Energie in die Seminare stecken muss und allein dadurch schon
22 sehr belastet ist. Außerdem schaffen wir momentan nur selten Zielgruppen
23 außerhalb der hopoaktiven Kernzielgruppe zu erreichen.

24 Erleichterung würde für die nächsten Vorstände wohl schon ein „How-to-
25 Veranstaltungen“ und beispielsweise eine Referent*innendatenbank schaffen.

26 Ein weiteres Thema, über das wir uns ausgetauscht haben war die Kampagnen-
27 planung des fzs. Hier haben wir grundlegend die aktuelle Situation analysiert
28 und wollen auf der nächsten Sitzung intensiver daran arbeiten, einen kleinen
29 Kampagnenreader zu entwerfen.

30 Ein weiterer Punkt auf der ersten Sitzung war die Vernetzung des fzs mit
31 anderen Verbänden. Wir waren uns einig, dass eine weitere Vernetzung die
32 Möglichkeiten des fzs erweitern könnte. Vernetzung ist dabei aber kein Selbst-
33 zweck, sondern ergibt sich oft aus konkreten Projekten.

34 Sitzung Februar 2017: Im Mittelpunkt der Sitzung standen die Themen Kam-
35 pagnenunterstützung, Öffentlichkeitsarbeitskonzept und Förderverein. Außer-
36 dem wurde über Leitfäden zu Arbeitsrecht und Vorstandsübergabe gesprochen.
37 Der Rat unterstützt den Verein bei der Bundestagswahlkampagne und verfasst
38 anschließend einen Text, wie Kampagnen beim fzs funktionieren (können). Die
39 Öffentlichkeitsarbeit wurde auf ihre Stärken und Schwächen untersucht. Der
40 Rat erstellt ein Papier für kommende Vorstände und plant mit dem kommen-
41 den AS zum Thema zu arbeiten. Unter dem Titel Förderverein wurde dis-
42 kutiert, welche Funktionen ein Förderverein erfüllen könnte und was Schritte
43 dazu wären.

44 Außerhalb der Sitzungen haben Mitglieder des Rates bei folgenden Punkten
45 unterstützt:

- 46 – Verfassen von Pressemitteilungen
- 47 – Stellungnahme zum Akkreditierungswesen (Landtag NRW)
- 48 – Zuarbeit Bologna AG von KMK und BMBF
- 49 – Kontaktpflege zum International Students Movement (ISM)
- 50 – Initiierung des AK Urheber*innenrecht
- 51 – Pflege des fzs-YouTube-Kontos
- 52 – Unterstützung der Proteste gegen die Einführung von Studiengebühren in
53 Baden-Württemberg
- 54 – Unterstützung gegen Anwesenheitspflicht und Studienleistungen an der EH
55 Darmstadt

AntragstellerInnen

Rat des fzs

57-7-I6

AntragstellerInnen: Ausschuss frauen- und genderpolitik

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Für einen antifaschistischen Feminismus

1 Der fzs sieht sich als studentischer Verein in der Verantwortung, eine Politik zu
2 betreiben, die jungen Menschen in Bildungsinstitutionen eine Perspektive und
3 Plattform für progressive politische Arbeit ermöglichen kann. Im Lichte der
4 zunehmenden Rechtswendung und des Neo-Faschismus in europäischer und in-
5 ternationaler Politik sind wir als Zusammenschluss von Student*innenschaften
6 gefragt, nicht nur die konkreten Auswirkungen auf bildungspolitische Zusam-
7 menhänge zu analysieren, zu benennen und zu bekämpfen, sondern auch in
8 den eigenen Reihen nach den Effekten zu suchen und sie gemeinsam zu verän-
9 dern.

10 Zwei wichtige Kennzeichen des Rechtsrucks sind die Ökonomisierung sozialer
11 Zusammenhänge und deren Privatisierung und der Zugriff auf bzw. die Ab-
12 wertung von Individuen über/durch ihren sozialen Status. Damit gemeint sind
13 konkret die Reproduktion von Geschlechterverhältnissen, in denen Menschen
14 auf ihre sozialen Funktionen als Männer/Frauen reduziert werden, rassistische
15 Mechanismen, die Migration auch in Zeiten von Krieg und Massenvertreibung
16 zusätzlich kriminalisieren, die Verstetigung sozialer und ökonomischer Klassen
17 und deren politische Instrumentalisierung durch rechte Zusammenhänge. Die
18 Normalisierung von eben jenen rassistischen, sexistischen und klassistischen
19 Verhaltensweisen und Verhältnissen hat notwendigerweise die Spaltung von
20 diesen Gesellschaften zur Folge.

21 Der Zusammenhang zwischen diesen Unterdrückungsmechanismen wird deut-
22 lich, wenn wir die Programme rechtskonservativer Parteien in ganz Europa be-
23 trachten: Antifeminismus und reaktionäre Familienpolitiken, Islamhetze, Anti-

24 migrationspolitiken und Anti-Abtreibungspositionen gehen hier Hand in Hand
25 mit Privatisierungsmaßnahmen und Leistungsimperativen.

26 Die Antwort auf dieses Klima kann in Anbetracht jüngster internationaler
27 Entwicklungen nicht mehr auf sich warten lassen.

28 Sie muss sich ergeben aus einem gemeinsamen Weg des Protests und der Wi-
29 derständigkeit. Auf diesem Weg können wir lernen, uns auch neu aufeinander
30 zu beziehen. Dafür aber ist es aus unserer Sicht notwendig, verbandsintern ein
31 Vertrauen zu schaffen, das über den rassistischen, sexistischen und leistungsori-
32 entierten Alltag hinausgeht, den wir alle erleben. Die Instrumente hierfür sind
33 manchmal einfach, manchmal schwer, mal individuelle, mal kollektive Maßnah-
34 men und sie sind die Grundlage für die Möglichkeit, gemeinsam zu handeln.

35 Es geht um Strategien wie Quoten und Redelisten, die letztlich doch überwun-
36 den werden sollten und könnten, ebenso wie um den bewussten Verzicht auf
37 Formen von Macht und Autorität zugunsten eines respektvollen und gleichbe-
38 rechtigten Umgangs miteinander. Es ist nicht selbstverständlich, dass Frauen,
39 das Migrant*innen, das People of Color, das Arbeiter*innenkinder oder das
40 Menschen der LGBTQI Community oder Menschen mit körperlichen Beein-
41 trächtigungen Teil von politischen Entscheidungsprozessen sein können, ohne
42 immer nur in ihrer *einfachen* sozialen Rolle als ebensolche wahrgenommen
43 zu werden oder Interessenvertretung für diese Rollen machen zu müssen. Dass
44 diese Teilhabe nicht selbstverständlich ist, hat Gründe. Meistens liegen dem
45 die oben beschriebenen strukturellen Hürden ebenso zugrunde, wie die Aus-
46 schlussmechanismen in den politischen Gremien und Gruppen selbst. Dazu
47 gehören weithin bekannte Hürden wie die Codifizierung von sozialen Räumen
48 durch Sprache und Verhalten allgemein, vorausgesetztes Wissen und erlernte
49 Verhaltensmuster, die entscheiden, ob jemand geduldet wird oder nicht. Oft ist
50 die Trennlinie zwischen erwünschtem und unerwünschtem Verhalten eben jene
51 Trennlinie, die auch außerhalb gezogen wird. Konkret ist damit gemeint, dass
52 erst dann, wenn es konkrete Menschen gibt, deren Bedürfnisse und Anliegen
53 im politischen Handeln berücksichtigt und diskutiert werden, eine veränderte
54 politische Praxis stattfinden kann, die auch veränderte Verhältnisse zur Folge
55 haben wird.

56 Um eine solche Praxis zu ermöglichen, müssen wir gemeinsam dafür Sorge tra-
57 gen, dass Feminismus und Antirassismus nicht Aufgabe von Betroffenen sind,
58 sondern politisches Basisprogramm und ernst gemeintes Anliegen aller Betei-
59 ligten werden. So lange dieser Prozess läuft, möchten wir vorschlagen, Mecha-
60 nismen zu implementieren oder zu erweitern, die zumindest vermeiden können,

61 dass sich ‚einfache‘, alltägliche Formen von systematischer Unterdrückung wie-
62 derholen.

63 Wir gehen davon aus, dass wir alle auf die eine oder andere Weise betroffen
64 sind von den Effekten und Zwängen eines global gewordenen Kapitalismus. Sei
65 es durch öde Lohnabhängigkeit, blöde Geschlechternormen, sinnlosen Kultu-
66 ralismus, schleichende Klimakatastrophe(n) oder anderen Schmu.

67 Wie wir das regeln wollen? Erst einmal, in dem wir uns nicht in eine Echo-
68 kammer einschließen und herumbrüllen. Es ist eine Sache, feministische und
69 antirassistische Positionen als Identitätspolitik und Betroffenheitslogiken zu
70 dulden und moralisch zu unterstützen, eine andere, sie als fundamentalen Be-
71 standteil der eigenen politischen Interessen zu verstehen und dementsprechend
72 konsequent mit einzubringen.

73 **Redeliste**

74 Anmerkung: Redelisten sind Listen, auf die bei Diskussionen die Beteiligten in
75 der Reihenfolge ihrer Meldung aufgeschrieben werden, damit die Moderation
76 oder Redeleitung einen Überblick über die sich beteiligenden Personen hat. Bei
77 einer quotierten Redeliste werden die Diskussionsteilnehmer*innen, die einen
78 Redebeitrag leisten möchten, in (normalerweise) zwei verschiedenen Redelisten
79 erfasst. Die Moderation lässt Leute von beiden Listen abwechselnd zu Wort
80 kommen.

81 Meistens wird die Redeliste nach Männern* und Frauen* getrennt, was Rede-
82 beiträge von Frauen* in Gruppen unterstützen soll.

83 Andere Quotierungen sind möglich, wie Weiß/People of Color (PoC) oder
84 deutsch-erstsprachig/nicht deutsch-erstsprachig. Auch Erweiterungen wie
85 Frauen*/Männer*/Trans* sind denkbar. Generell kann eine quotierte Redeliste
86 danach strukturiert werden, welche Gruppen im Raum in ihren Redebeiträgen
87 unterstützt werden sollen.

88 Bei hart quotierten Redelisten bedeutet das: Wenn die Redeliste der zu unter-
89 stützenden Gruppe leer ist, ist die Diskussion beendet.

90 Ein Instrument, das zunächst einmal strategisch zur Sichtbarmachung der be-
91 stehenden Verhältnisse beiträgt, ist die konkrete Umsetzung von Redelisten
92 auf Veranstaltungen.

93 Die Diskussionen innerhalb des Ausschusses fgp und auf gemeinsamen Veran-
94 staltungen haben deutlich gemacht, dass es durchaus weiteren Bedarf an Maß-
95 nahmen für geschlechtergerechte Grundlagen für Diskussionen gibt. Dass aber

96 auch die grundlegenden Mechanismen der Redelisten und damit die Bedingun-
97 gen der Diskussionen immer wieder neu überdacht und zu einer solidarischen
98 Debatte gestellt werden müssen.

99 So ist die Aufteilung der Redeliste in Männer- und Frauenliste vs. Männer-
100 und Frauen*liste Gegenstand einer solchen Debatte innerhalb des Ausschusses
101 (gewesen). Dem zugrunde liegt die offene Frage, ob die Zuordnung zu der einen
102 oder der anderen Liste allein auf der Lesbarkeit der zugeordneten Personen
103 von außen, also dem angenommenen Geschlecht basiert (XY wird von der
104 Redeleitung als Frau gelesen und daher auf die Frauenliste gesetzt) oder ob
105 auch Personen deren Geschlechteridentität nicht äußerlich als weiblich lesbar
106 wird, mit auf die Frauenliste aufgenommen werden. Unter anderem zu diesem
107 Zweck wäre das * hinter „Frauen“ sinnvoll. Die Redelisten haben den Zweck,
108 einen strukturellen und strategischen Raum zu schaffen, der es ermöglicht,
109 trotz der herrschenden Geschlechterverhältnisse und der Effekte, die diese auf
110 Individuen und deren Verhalten in Diskussionen und Öffentlichkeit haben, ein
111 gleichberechtigtes Verhältnis zu ermöglichen, in dem alle zu Wort kommen.
112 Die maßgebliche Mitbestimmung von Inhalten durch Frauen soll gewährleistet
113 und latente und explizite Machtverhältnisse infrage gestellt werden.

114 Da wir davon ausgehen, dass diese Machtverhältnisse im Alltag zu einem si-
115 gnifikanten Anteil auf der äußeren/oberflächlichen Lesbarkeit von Personen als
116 Frauen* basieren, macht es Sinn, dass das ein Kriterium der Zuordnung bleibt.
117 Trotzdem gibt es auch Fälle, in denen dieses Kriterium problematisch, transex-
118 klusiv oder einer gemeinsamen politischen Zukunftsvorstellung nicht gerecht
119 wird, in der eben jene binären Zuordnungen obsolet werden. Wir möchten al-
120 lerdings betonen, dass die ganze Praxis der Listen und deren Notwendigkeit
121 auf eben jenem sexistischen Normalzustand basieren, der auch die Zusammen-
122 hänge mitformt, in denen wir uns bewegen. Daher ist es uns ein Anliegen,
123 dass diese aller alltäglichste Form der Ungerechtigkeit Ausdruck in der Rede-
124 listenpraxis findet. Das * hinter Frauen* möchten wir aber trotzdem wieder
125 einführen, da es auf die ebenfalls sehr alltägliche Möglichkeit hinweist, diese
126 Geschlechternormen infrage zu stellen. Das * bedeutet für uns: Die Person
127 identifiziert sich als weiblich und/oder ist betroffen von Sexismus. Letztere
128 Definition beinhaltet die Tatsache, dass Sexismus ein Mechanismus patriar-
129 chaler Gesellschaften ist, der sich gegen jene richtet, deren Attribute hier als
130 weibliche zugeschrieben werden und deren soziale Rolle als solche zu einer Ab-
131 wertung ihrer Person führt.

132 Praktisch bedeutet das, dass jene Personen, die sich auf die Frauen*redeliste
133 setzen (lassen), sich damit konkret jener gesellschaftlichen Gruppe zuordnen,

134 die von sexistischen Unterdrückungsmechanismen betroffen ist.

135 Da diese Unterdrückung einer von außen getroffenen Bestimmung folgt und
136 durchaus nicht immer mit der Innerlichkeit und dem subjektiven Gefühl der
137 Beteiligten zusammenhängt (z.B. gibt es auch männlich gelesene Personen,
138 die sich in Diskussionen benachteiligt fühlen oder zurückhaltend bleiben), fin-
139 den wir es sinnvoll, dass die Personen auf der Liste selbst Verantwortung dafür
140 übernehmen, sich als weiblich zu identifizieren und andere Benachteiligungsme-
141 chanismen an anderer Stelle zu thematisieren und dafür Strategien mitzuent-
142 wickeln. Kurz: **Die Redeliste verstehen wir hier einzig als Instrument,**
143 **um dieser spezifisch sexistischen Form von Machtverhältnis, die sich**
144 **in der abwertenden Zuschreibung von Weiblichkeit ausdrückt, ent-**
145 **gegen zu treten.**

146 Uns ist durchaus bewusst, dass die Teilhabe an Diskussionen und politischen
147 Prozessen nicht allein an der Linie des binären Geschlechterverhältnisses be-
148 messen werden kann. Die Effekte der Unterdrückung, Ressourcenverteilung
149 und Sanktionen der Verhältnisse, in denen wir uns bewegen, sind vielfältig.

150 Gerade in den Räumen und Strukturen, in denen politische Arbeit gemacht
151 wird, sollten wir daher dafür Sorge tragen, dass wir unser Augenmerk auch auf
152 andere Formen der Machtverteilung richten.

153 Es reicht nicht, „tolerant“ zu sein. Toleranz bedeutet allzu oft die Duldung
154 dessen oder derer, die nicht als „normal“ gelten oder schon unten sind. Auch
155 geht es nicht darum, Menschen zu normalisieren. Stattdessen möchten wir im
156 Sinne einer antifaschistischen Praxis einen Raum schaffen, in dem diejenigen,
157 die es gewöhnt sind, Angst zu haben, sprechen und sein dürfen. Ebenso wie
158 diejenigen, die vielleicht keine Angst vor Diskriminierung haben müssen, da-
159 für aber oft die Freiheit aufgeben, nicht den Normen und Idealen gerecht zu
160 werden, die Tag für Tag von außen an sie herangetragen werden.

161 Wir wollen daher alle auffordern, sich in der gemeinsamen politischen Arbeit
162 so respektvoll und bewusst wie möglich zu verhalten, nicht, weil es um ein
163 moralisches Gebot geht, sondern um die Frage, welche Zukunft sich aus diesem
164 Umgang heraus gestalten lässt.

165 Wir hoffen mit dieser Analyse feministische Positionen im Verband zu stär-
166 ken und auf Einverständnis zu stoßen, das über eine einfache Parteinahme „für
167 Frauen“ hinausgeht.

168 Eine gemeinsame Diskussion um die Erarbeitung neuer Strategien und Me-
169 chanismen, die uns helfen können, emanzipatorische politische Positionen in
170 die Tat umzusetzen, steht dabei an aller erster Stelle.

171 Für die Arbeit der einzelnen Gremien und Ausschüsse wird der Ausschuss
172 frauen- und genderpolitik gebeten, einen Fragebogen zu entwickeln und zur
173 Verfügung zu stellen. An der Erstellung dieses Fragebogen sollen sich mög-
174 lichst viele Aktive beteiligen, um einen Fragenkatalog zu konzipieren, der die
175 Bedürfnisse des gesamten Verbandes möglichst gut wieder gibt.

AntragstellerInnen

Ausschuss frauen- und genderpolitik

57-7-I5

AntragstellerInnen: Ausschuss frauen- und genderpolitik

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Eine feministische Kritik am Urheberrecht

1 Das Jahr 2016 endete mit einem Moratorium für die neuen Rahmenverträge
2 ge der Verwertungsgesellschaft Wort. Bis Oktober 2017 werden neue Verträge
3 ausgehandelt, die die Verbreitung und Veröffentlichung von Texten für wissen-
4 schaftliche Forschung und Lehre neu regeln sollen.

5 Die letztjährig diskutierten Verträge konfrontierten die Hochschulen mit einem
6 unverhältnismäßig hohen Arbeitsaufwand – ein für ein Seminar/eine Vorlesung
7 zur Verfügung gestellter Text sollte pro Seite pro Student*in mit einem Be-
8 trag von 0,008 € verrechnet und dieser an die VG-Wort überwiesen werden.
9 Erste Studien und Schätzungen kamen zu dem Schluss, dass der damit an-
10 fallende Verwaltungsaufwand für die Bereitstellung der Informationen für ein
11 erst noch zu implementierendes Meldesystem und den Beratungssupport an
12 jeder Hochschule einer 25 % Stelle entsprechen würde. Hinzu käme eine große
13 Menge an stupider Kopierarbeit, die wissenschaftliche Hilfskräfte oder die Stu-
14 dent*innen selbst übernehmen müssten. Die technologischen Möglichkeiten der
15 Digitalisierung und digitalen Vernetzung sollten demnach ignoriert werden, um
16 **ein konservatives Urheberrecht** aufrechtzuerhalten.

17 Wir möchten hier eine feministische und antikapitalistische Kritik an den fürs
18 erste zurückgestellten Vorschlägen der VG-Wort formulieren, die über eine
19 Auseinandersetzung mit diesem Streit hinausgeht. Uns erscheint es hier sinn-
20 voll und notwendig eine grundsätzliche Diskussion anzuregen, die sich mit
21 der Konstruktion von Urheber*innenschaft in der Wissenschaft auseinander-
22 setzt.

23 **Wissenschaft baut auf Wissenschaft auf.** Der Sinn und Zweck des stren-
24 gen Verbots von Plagiaten und des Erlernens eines komplexen Zitiersystems
25 ist es, Wissenschaft aufeinander aufzubauen – eine beliebte Metapher spielt
26 dabei mit der Logik des Fortschritts, der hoch-hinauswachsenden Erkenntnis:
27 jede neue Arbeit ist ein Zwerg*innen, der auf den Schultern von Ries*innen
28 steht. Die Ressource des Wissens ist das in Bibliotheken, Archiven oder jetzt
29 global im Internet zugängliche Wissen. An dieser Stelle sei kurz darauf ver-
30 wiesen, dass die infrastrukturelle Versorgung mit Elektrizität und Funkmasten
31 eine wichtige Forderung für alle Gesellschaften ist und hier als eine materielle
32 Grundlage, die global erkämpft wird, nicht als selbstverständlich vorausgesetzt
33 wird. **Eine Behinderung des Zugangs zu Publikationen und damit**
34 **wissenschaftlichen Ressourcen ist damit in unseren Augen ein An-**
35 **griff auf die kreative, freie Forschung und Wissenschaft,** was wir im
36 Folgenden weiter ausführen.

37 **Fangen wir bei den Student*innen an:**

38 Es gibt bereits jetzt Studiengänge in denen Student*innen einen besonders
39 hohen Konkurrenzdruck spüren und gegeneinander ausüben. Bücher werden
40 versteckt, Seiten ausgerissen, sodass die konkurrierenden Anderen schlechtere
41 Chancen auf die Lektüre haben. Dieser Konkurrenzdruck, der sich als Kampf
42 um den Zugang zu konkretem Wissen Bahn bricht, erhöht sich durch ein Urhe-
43 berrecht, das den offenen Zugang von Wissen durch Open Source verweigert.
44 „Haben Sie die Texte gelesen?“ ist eine Frage, die unter zusätzlich erschwer-
45 ter Zugänglichkeit bestimmt nicht von „faulen Student*innen“ mit „Nein ich
46 hatte keine Zeit“ beantwortet wird. Das System, in dem vorgeblich der*die flei-
47 ßigste am meisten leisten kann, wird durch die anachronistische Verknappung
48 und Erschwerung des Zugangs zum Wissen als ein pseudomeritokratisches er-
49 richtet. Der Zugang zum Wissen wird jedoch nicht nach Leistung, sondern
50 ökonomisch hierarchisiert: diejenigen, die Zeit zum Kopieren haben (etwa, weil
51 sie nicht lohnarbeiten müssen) und diejenigen, die das Geld haben, sich Lehr-
52 bücher zu kaufen, profitieren im Sinne einer so geordneten Konkurrenz. Die
53 Logik des*der Fleißigeren am Kopierer verschleiert (und verschärft) das kapi-
54 talbasierte Ungleichheitsverhältnis. Die Praxis des digitalen Teilens und Ver-
55 teilens von Texten zu kriminalisieren ist in diesem Zusammenhang nicht nur
56 medial-anachronistisch, sondern ein Angriff auf freie, kreative, nonhierarchi-
57 sche Wissenschaft.

58 **Es gilt nun zu fragen, welche Urheber*innen von einem restriktiven**
59 **und medientechnisch anachronistischen Urheberrecht profitieren.**

60 Je höher der Aufwand einen Text für Vorlesung oder Seminar zur Verfügung zu
61 stellen, desto größer ist der Rechtfertigungsdruck für die Wahl des Textes. Das
62 bedeutet zum einen, dass die Vielfalt an Texten und Autor*innen sinkt – einen
63 weniger bekannten Text für die weiterführende Zusatzlektüre bereitzustellen
64 wird zum aufwändigen Akt, der sich womöglich ‚nicht rentiert‘. Zum anderen
65 und damit in Zusammenhang stehend, bedeutet dies eine noch stärkere Kon-
66 zentration auf kanonisierte Texte, die als grundlegend für die jeweilige Fach-
67 disziplin gelten. Der Kanon ist ein historisch gewachsener Wissensbestand, der
68 aus den patriarchal und kapitalistisch organisierten Hochschulen hervorging
69 und hervorgeht. Die Erschwerung der Zugänglichkeit trifft damit insbeson-
70 dere randständiges Wissen von weniger erfolgreichen und damit ökonomisch
71 schlechter gestellten Autor*innen. In unserer Gesellschaft funktioniert die Ver-
72 teilung von Reichtum nach Ungleichheitssystemen, die patriarchal-sexistische
73 und rassistische sowie ableistische Verteilungslinien ziehen, diese jedoch, wie
74 oben bereits beschrieben, mit der Rede von Chancengleichheit und Meritokra-
75 tie verschleiern. Die Gegenwehr gegen Open Source, die gerade von etablierten
76 Wissenschaftlern ausgeht (die auch die Veränderung der Regelungen der VG-
77 Wort-Verträge mit den Hochschulen durch ihre gerichtlichen Klagen verursach-
78 ten) ist gerade deshalb absurd, weil ihre universitären Stellen und damit ihre
79 Forschung und ihre Publikationen bereits staatlich-gemeinschaftlich finanziert
80 wurden.

81 **Wir erkennen die nach dem geltenden Urheberrecht angestrebte**
82 **Verwertung und Verwaltung von Wissen als eine neoliberale Ein-**
83 **hebung von emanzipatorischem Wissen und das Bestreben eine vor-**
84 **nehmlich weiß-europäische, männerdominierte Wissenschaft zu be-**
85 **wahren.**

86 Das bestätigt sich, wenn wir uns anschauen, inwiefern gerade kleine Verlage,
87 die weniger bekannte Autor*innen verlegen, unter dem durch die umstritte-
88 nen Verträge erhöhten Kostenaufwand leiden würden. Die großen Verlage, die
89 auch den infrastrukturellen Mehraufwand stemmen können werden dadurch
90 noch erfolgreicher. Die Autor*innen, die so keine Chance auf die Verlegung
91 ihrer Arbeiten haben, sind gezwungen unbezahlt im Netz ihre Texte zu pu-
92 blizieren. Der neoliberale ‚Lohn‘ der Selbstverwirklichung im digitalen Netz,
93 in dem jede*r schreiben und gelesen werden kann, verschleiert aufs Neue die
94 materiellen Bedingungen der Möglichkeit überhaupt zu schreiben.

95 **Nicht erst die Umsetzung der VG-Wort, sondern bereits die Grund-**
96 **lage des Urheberrechts basiert auf einer (besitz-)individualistischen**
97 **und kapitalistischen Vorstellung von Wissen als Eigentum, das**

98 **marktlogischen Regelungen unterworfen werden kann, um es ökonomisch zu verwerten. Dies trifft vor allem kritisches, emanzipatorisches Wissen und erschwert gerade jenen den Zugang zum Wissen, die durch die so verstellten Chancen auf Bildung in einem ungleichen System aufsteigen könnten. Weniger Menschen erhalten den Zugang zum Wissen und weniger Personen haben die Möglichkeit den machtvollen Status eines*einer Wissenden zu erlangen.**

105 Dem möchten wir eine feministische Wissenschaftskritik entgegensetzen, die die Grundlage des Urheberrechts – einen maskulinistischen Geniebegriff – infrage stellt.

108 **Wissenschaft entsteht nicht im stillen Kämmerlein** im Gehirn eines ‚Genies‘, das aus sich selbst heraus die besten Ideen und bedeutendsten Erkenntnisse schöpft. Der geniehafte Schöpfer hat sich als Figur seit der Aufklärung in Deutschland durchgesetzt und wird uns in verschiedenen europäischen kulturellen Produktionen als vornehmlich männliches Ideal der Genialität und Schöpferkraft des Geistes vorgestellt – erinnert sei an Darstellungen von Einstein, Goethe, Schiller, DaVinci, Galileo und Co. Ein mit dem digitalen Netzwerk in Verbindung stehendes Denken der Vernetzung von Menschen und Wissen stellt sich einem solchen Geniebegriff entgegen. Jedes Denken befindet sich in einer soziopolitischen, ökonomischen Infrastruktur. Begreifen wir das Wissen als Effekt eines zusammenwirkenden Netzwerkes, so kann kein (besitz-)individualistisches Genieverständnis mehr greifen.

120 **Wir sind alle vernetzt, nicht nur digital, sondern existenziell – wir sind in unseren Produktionen von Wissen aufeinander angewiesen.** Das beginnt bei Miete, Strom und Nahrung, die wir durch oder trotz der wissenschaftlichen Arbeit bezahlen können – hier sei auf sich verschuldende Student*innen und den schlecht bezahlten, überarbeiteten Mittelbau und die konservativ-patriarchal unsichtbar gemachte und feminisierte Reproduktionsarbeit verwiesen; das führt weiter zum von Virginia Woolf feministisch hervorgehobenen Room of One’s Own, in dem wir in Ruhe nachdenken und studieren können – hier sei nochmals auf den nicht durch Fleiß, sondern durch sexistisch/rassistisch/ableistisch ungleich verteilten Zugang zum Wissen und zum Status des*der Wissenden verwiesen, der sich auch im Zugang zu einem Büro, zu einer Wohnung, zu Essen und Trinken wieder findet; das hört schließlich beim Gedankenaustausch mit anderen, sei es von Angesicht zu Angesicht oder bei der Lektüre von Texten, auf.

134 Im Urheberrecht (wie es derzeit in den VG-Wort Verhandlungen im Raum steht) wird die maskulinistische Vorstellung vom souveränen Individuum auf-

136 rechterhalten. Die Materialitäten des Geschlechts, der Rassifizierungen, der
137 ökonomischen Ungleichheiten und verstellten Chancen werden darin ver-
138 schleiert und Menschen mit dem brutalen Versprechen ihres eigenen Glückes
139 Schmied*in sein zu können, wenn sie sich fleißig und geschickt genug vermark-
140 ten, responsabilisiert.

141 Wir möchten dem unsere feministische Perspektive entgegenstellen. Wenn wir
142 das Wissen aus einem solchen maskulinistischen Urheberrecht lösen und statt-
143 dessen als Effekt kollektiver Denkprozesse und Vernetzung denken, so können
144 wir die Wissenschaft aus den anti-emanzipatorischen Machtverhältnissen be-
145 freien, die gerade mit den neuen Verträgen gestärkt zu werden drohen. Dies
146 wäre eine durch die digitale Vernetzung und Open Source technologisch er-
147 öffnete neue Form der Freiheit der Wissenschaft, für die wir als fzs eintreten
148 könnten.

AntragstellerInnen

Ausschuss frauen- und genderpolitik

57-7-I1

AntragstellerInnen: Ausschuss Internationales

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Gegen Bildungshindernisse in Baden-Württemberg-rassistische und unsoziale Studiengebühren verhindern!

1 **Der fzs positioniert sich gegen Studiengebühren und verurteilt die**
2 **Versuche der Baden-Württembergischen Landesregierung, ein sol-**
3 **ches Bildungshindernis wieder einzuführen.**

4 Das Kabinett der Baden-Württembergischen Landesregierung hat
5 am 25.10.2016 der Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-
6 Ausländer*innen, sowie Student*innen im Zweitstudium und der Erhöhung
7 der Verwaltungsgebühren zugestimmt, um Löcher im Haushalt des Landes zu
8 stopfen und damit den Regelungen der Schuldenbremse zu entsprechen. Diese
9 Gebühren sollen 1500 € pro Semester für Nicht-EU-Ausländer*innen und 650
10 € pro Semester für Student*innen im Zweitstudium betragen. Zusätzlich soll
11 für alle Student*innen die Verwaltungsgebühr um 10€, auf 70€, steigen. Dies
12 weckt den Verdacht, eine Vorstufe zu allgemeinen Studiengebühren zu sein,
13 denn sollten die geplanten Gebühren nicht ausreichen, um das Haushaltsloch
14 zu schließen, ließe sich spätestens in der nächsten Legislaturperiode über solche
15 verhandeln. Das Vorhaben widerspricht dem Recht auf freie Bildung, wie es
16 in Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben
17 ist, sowie Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes.[1]

18 Die Erhebung von Gebühren für Ausländer*innen stellt eine Diskriminierung
19 von Student*innen, aufgrund ihrer Herkunft, dar und verstärkt xenophobe
20 Ressentiments in der Gesellschaft. Außerdem richten sie sich gegen eine sozia-
21 le Gruppe mit sehr begrenzten Mitgestaltungsmöglichkeiten in Deutschland,

22 welche ohnehin durch besonders hohe Ausgaben, wie z.B. Reisekosten und
23 Beantragungen von Visa, zusätzlich belastet wird. Begründet wird diese dis-
24 kriminierende Maßnahme mit dem angeblich fehlenden Beitrag ausländischer
25 Student*innen zur Hochschulfinanzierung. Dieses Argument entlarvt sich an-
26 hand der Fakten selbst: Ausländische Student*innen erwirtschaften, laut einer
27 Studie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zufolge, jährlich Er-
28 träge in Höhe von 400 Millionen Euro an Steuereinnahmen[2]. Selbst wenn dies
29 nicht der Fall wäre, wäre eine angebliche mangelnde ökonomische Nützlichkeit
30 von Menschen jedoch kein Grund, diese in ihren Rechten einzuschränken. Das
31 Argument, die Gebühren würden zur Internationalisierung beitragen, ist noch
32 absurder, allein schon aufgrund der Tatsache, dass nur 20% der Einnahmen den
33 Hochschulen zugute kommen sollen, während der Rest lediglich als Einnahme
34 in den Haushalt des Landes fließen soll.

35 Die Berechnung der Einnahmen durch die Studiengebühren stützt sich auf die
36 Annahme, dass bis 2020 die Anzahl der Studienanfänger*innen aus dem Nicht-
37 EU-Ausland, also der zahlenden Student*innen, von 7.000 auf 16.000 ansteigen
38 soll. Der prognostizierte Anstieg wird damit begründet, dass die Hochschu-
39 len mit dem höheren Budgetplus durch die Studiengebühren, die Betreuung
40 der ausländischen Student*innen verbessern werden, und damit mehr Auslän-
41 der*innen in Baden-Württemberg studieren würden. Doch 300€ pro ausländi-
42 scher*m Student*in werden kaum ausreichen, um die anfallenden Verwaltungs-
43 kosten zu decken. Da andere Bundesländer keine Studiengebühren erheben, ist
44 sogar mit einem signifikanten Rückgang von internationalen Student*innen,
45 an den Hochschulen in Baden-Württemberg zu rechnen, und das gefährdet
46 die Internationalität an den Hochschulen. Der internationale Austausch von
47 Menschen und Ideen ist jedoch eine Grundvoraussetzung für nachhaltige Wis-
48 senschaft und eine wichtige Erfahrung für Student*innen, Professor*innen und
49 Angestellte.

50 Verwaltungsgebühren sind Studiengebühren im Schafspelz. Desweiteren ist de-
51 ren Verwendung im Haushalt des Landes Baden-Württembergs vollkommen
52 intransparent. Alle Student*innen sollen, mit der Erhöhung zur Haushaltskon-
53 solidierung und zur Politik der schwarzen Null, beitragen. Dies ist aus Sicht
54 des fzs eine verfehlte Finanz- und Bildungspolitik, die an ihren angeblichen
55 Zielen vorbeischießt.

56 Die Gebühren für ein Zweitstudium widersprechen dem Ideal des lebenslangen
57 Lernens und sorgen dafür, dass einige Menschengruppen strukturell nur ein
58 Anrecht auf einen Abschluss pro Person bekommen. Besonders sanktioniert
59 werden damit Schulabsolvent*innen, die auf diese Weise genötigt werden, sehr

*57-7-I1 Gegen Bildungshindernisse in
Baden-Württemberg-rassistische und unsoziale Studiengebühren verhindern!*

60 früh in ihrem Leben wegweisende Entscheidungen zu treffen. Ihnen wird eine
61 Neuorientierung erschwert, wenn sie hierdurch nicht sogar komplett verhindert
62 wird. Auch eine Weiter- oder Fortbildung im späteren Leben wird durch diese
63 Maßnahme behindert. Die Anforderungen der modernen Arbeitswelt machen
64 es häufig notwendig, dass zur Weiterbildung ein Zweitstudium ergriffen wer-
65 den muss. Durch Zweitstudiengebühren werden Menschen von der beruflichen
66 Weiterbildung ausgeschlossen.

67 Der fzs setzt sich für Chancengleichheit und faire Zugangsmöglichkeiten zu
68 Bildung ein, denen das Konzept Studiengebühren diametral entgegensteht. So-
69 bald ein Studium von Gebühren abhängig gemacht wird, werden ökonomische
70 Faktoren zu einer Qualifikation erklärt und der Warencharakter von Bildung
71 verstärkt. Auf diese Weise wird einkommensschwachen Menschen der Weg zu
72 einem Studium verwehrt und die gesellschaftliche Spaltung vorangetrieben.
73 Bildung ist kein Luxusgut. Bildung ist ein Menschenrecht

74 Aufgrund der genannten Punkte ist jegliche Erhebung von Studiengebühren ein
75 inakzeptables Bildungshindernis und damit kategorisch abzulehnen. Besonders
76 der Versuch den Haushalt durch ausländische Student*innen zu finanzieren,
77 ist eine nicht zu rechtfertigende Maßnahme, die den Grundsätzen einer freien,
78 gleichen, demokratischen und offenen Gesellschaft widerspricht. Nicht nur die
79 konkreten Pläne der Landesregierung in Baden-Württemberg, sondern jeder
80 Versuch ein Studium an Gebühren zu knüpfen ist in den Augen des fzs mit
81 allen verfügbaren Mitteln zu bekämpfen.

82 Auch die European Students Union solidarisiert sich – wie viele andere
83 – mit den Student*innen in Baden-Württemberg und lehnt die Pläne ab.
84 Hier die Resolution dazu: [www.esu-online.org/?policy=bm71-no-tuition-fees-
85 in-germany](http://www.esu-online.org/?policy=bm71-no-tuition-fees-in-germany)

86 [1] [http://verfassungsblog.de/studiengebuehren-fuer-schwache-baden-
87 wuerttemberg-und-das-verfassungs-und-voelkerrecht/](http://verfassungsblog.de/studiengebuehren-fuer-schwache-baden-wuerttemberg-und-das-verfassungs-und-voelkerrecht/)

88 [2] [https://www.bmbf.de/de/auslaendische-studierende-ein-gewinn-fuer-
89 deutschland-438.html](https://www.bmbf.de/de/auslaendische-studierende-ein-gewinn-fuer-deutschland-438.html)

AntragstellerInnen

Ausschuss Internationales

57-7-I8

AntragstellerInnen: Vincent Orth

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Unterstützung der „Initiative Palandt umbenennen“

- 1 Die „Initiative Palandt umbenennen“ ist eine Gruppe von Studierenden ver-
2 schiedener
- 3 juristischer Fakultäten und Hochschulen, u. a. der Universität Hamburg, der
4 Bucerius Law School, der Helmut-Schmidt-Universität und der Christian-
5 Albrechts-Universität zu Kiel.
- 6 Das Ziel ist, heimliche Denkmäler und Huldigungen von NS-Größen oder NS-
7 Ideologie in der deutschen Rechtswissenschaft aufzuspüren und diese zu the-
8 matisieren.
- 9 Das Hauptaugenmerk liegt auf dem Flaggschiff des einflussreichen juristischen
10 Fachverlags C.H.
- 11 Beck, dem „Palandt“. Er ist der wichtigste deutsche Gesetzeskommentar. Sein
12 Namensgeber Otto
- 13 Palandt war jedoch Präsident des Reichsjustizprüfungsamtes und glühender
14 Faschist.
- 15 Historisch und moralisch bleibt daher nur ein Schluss: Der „Palandt“ muss
16 umbenannt werden und die Initiative möchten den Verlag C.H. Beck in Mün-
17 chen bitten, dies zu tun. Ein möglicher Namensvorschlag wäre „Liebmann“.
- 18 Der jüdische Verleger Otto Liebmann hatte die Kurzkommentare ursprüng-
19 lich begründet und erst notgedrungen 1933 an Heinrich Beck verkauft. Diese
20 Umbenennung würde auch somit auch einen symbolischen Gegenpol setzen.
- 21 Der fzs möge deswegen beschließen:

- 22 1. Die „Initiative Palandt umbenennen“ ideell zu unterstützen, indem er
23 u.a. die Initiative bei seinen Mitgliedern und hochschulpolitischen Bünd-
24 nispartnern bewirbt
- 25 2. Sobald ein offener Brief vorliegt, diesen zu prüfen und ggfls. zu unter-
26 zeichnen sowie aktiv in die Öffentlichkeitsarbeit zu integrieren

Begründung

Ich habe Anfang der Woche eine Anfrage bekommen, ob ich das Anschreiben der Initiative nicht an den fzs weiterleiten könnte. Nach kurzer Rücksprache entstand dieser Antrag. Ich bitte um Entschuldigung für die kurzfristige Einreichung vor der MV. Ich habe versucht im Antrag Hintergrund, Vorhaben sowie konkrete Handlungsoptionen abzubilden.

Das Anschreiben als solches beleuchtet gerade die Hintergründe deutlich umfangreicher, weshalb ich das als Antragsbegründung angehängt habe.

Liebe Mitglieder des freien Zusammenschlusses von StudentInnenschaften (fzs) e.V.,

wir sind die „Initiative Palandt umbenennen“. Wir sind eine Gruppe von Studierenden verschiedener juristischer Fakultäten und Hochschulen, u. a. der Universität Hamburg, der Bucerius Law School, der Helmut-Schmidt-Universität und der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Zusammengeschlossen haben wir uns mit dem Ziel, heimliche Denkmäler und Huldigungen von NSGrößen oder NS-Ideologie in der deutschen Rechtswissenschaft aufzuspüren und diese zu

thematisieren. Wir glauben, dass das Zeitfenster günstig ist, denn auch das Bundesjustizministerium unter Heiko Maas hat sich aktuell der Entnazifizierung verschrieben. Reformiert wird etwa der völkischem Denken entstammende § 211 StGB. Außerdem werden endlich Vorkämpferinnen und Vorkämpfer gegen den NS-Sumpf wie Fritz Bauer und Beate Klarsfeld ins Licht der öffentlichen Wahrnehmung gerückt.

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist in der heutigen Zeit wichtiger denn je. Gerade in der deutschen Rechtswissenschaft wurde dies jedoch lange Zeit vernachlässigt und teilweise

unterdrückt, was uns jedoch darin bestätigt, gerade hier den kritischen Blick für die NS-Geschichte zu schärfen. Wir hoffen in Euch, die Ihr Euch ebenfalls für Demokratie und Toleranz starkmacht, einen Unterstützer unserer Sache zu finden.

Unser Hauptaugenmerk liegt auf dem Flaggschiff des einflussreichen juristischen Fachverlags C.H.Beck, dem „Palandt“. Er ist der wichtigste deutsche Gesetzeskommentar. Sein Namensgeber Otto Palandt war jedoch Präsident des Reichsjustizprüfungsamtes und glühender Faschist. Er war es, der erfolgreich darauf hinwirkte, Frauen von der juristischen Ausbildung auszuschließen und daran arbeitete, das Rechtswesen zu „arisieren“. Der eigentliche Autor des BGB-Kommentars hieß Wilke. Er verstarb unerwartet. Wilkes Mitstreiter benötigten einen prominenten NS-Juristen als Marketingzugpferd. Das NS-Regime wollte jemanden, der das BGB in ihrem Sinne ideologisch einfärbte. Man fand im Präsidenten des Reichsjustizprüfungsamtes und Freisler-Vertrauten Palandt den idealen Kandidaten. Palandt lieh dankbar seinen Namen, spendierte von Rassenhass getränkte Vorworte – und hat nie auch nur einen Paragraphen des BGB kommentiert.

Wir finden darum, dass es nicht angehen kann, dass Palandt bis heute Namensgeber des wichtigsten Zivilrechtskommentars ist. Der auf dem Grundgesetz und den Grundrechten ruhende deutsche Rechtsstaat ist als Antwort auf den Nationalsozialismus konstruiert. Dann kann nicht die Rechtswissenschaft weiterhin einer NS-Größe huldigen, der man nicht einmal zugutehalten kann, dass sie zu dem Werk beigetragen hat, das bis heute seinen Namen trägt. Es würde auch niemand auf die Idee kommen, einen „Adolf-Hitler-Platz“ oder eine „Goebbels-Straße“ zu tolerieren. Bei diesem Vergleich wird auch klar, dass das Argument, es handele sich um einen „neutralen“ Markennamen nicht trägt. Palandt ist und bleibt der Name eines prominenten Nationalsozialisten.

Historisch und moralisch bleibt daher nur ein Schluss: Der „Palandt“ muss umbenannt werden und wir möchten den Verlag C.H. Beck in München bitten, dies zu tun. Wenn der Verlag die Tradition wahren will, könnte er den Kommentar beispielsweise „Liebmann“ nennen. Der jüdische Verleger Otto Liebmann hatte die Kurzkomentare ursprünglich begründet und erst notgedrungen 1933 an Heinrich Beck verkauft. Liebmann ist die öffentliche Anerkennung seiner Lebensleistung bis heute verwehrt geblieben. Abgesehen davon ist es heute eigentlich weit verbreitete Praxis, rechtswissenschaftliche Kommentarliteratur nach ihren aktuellen Herausgebern, dem Verlag oder dem Erscheinungsort zu benennen.

Unser Initiative angeschlossen haben sich bereits der Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften (BRF) sowie die European Union of Jewish Students (EUJS). Das Bundesjustizministerium hat ebenfalls sein Wohlwollen signalisiert. Gemeinsam mit anderen Initiativen wie „ich-bin-dafuer.org“ möchten wir ein breites Bündnis schließen – über Partei- und Weltanschauungsgrenzen hinweg.

Seit 1945 hat sich unsere Gesellschaft natürlich gewandelt. Sie ist weltoffener, toleranter, europäischer und damit auch erfolgreicher denn je. Von alleine kam das nicht. Ihr Erfolg ruht u. a. auf einer Verfassung, die Würde, Gleichheit und Freiheit aller Menschen als unveräußerliche

Grundwerte in den Mittelpunkt stellt. Braune Denkmäler wie der „Palandt“ stehen dazu in

himmelschreiendem Kontrast. Lasst uns diese endlich abtragen!

Wie könnt Ihr beitragen? Ganz einfach! Wenn Ihr Euch für unsere gemeinsame Sache ausspricht,

werden wir den freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) e.V von nun als

Unterstützer aufführen. Wir vergrößern unser Bündnis. Und sobald wir hinreichend junge und

schließlich prominente Unterstützende gewonnen haben, möchten wir in einer der großen deutschen Zeitungen – etwa der ZEIT – einen offenen Brief veröffentlichen. In diesem möchten wir den Verlag C.H. Beck bitten, den „Palandt“ umzubenennen und weitere kritische Namensträger in seinem Sortiment zu überprüfen. Ihr könntet Mitunterzeichnende sein und Euer Logo platzieren!

Bei Fragen stehen wir Euch jederzeit gerne zur Verfügung, meldet Euch dazu am besten per E-Mail an

kontakt@palandt-umbenennen.de.

Mit besten Grüßen, Eure

Initiative Palandt umbenennen

Falls Ihr Euch mehr in das Thema einlesen wollt, können wir die folgenden Quellen empfehlen:

Marc Philip Greitens, PuG Nr. 13, S. 1 f. (<http://tinyurl.com/zbnf3v2>)

Thomas Fischer, ZON-Kolumne v. 21.7.2015 (<http://tinyurl.com/ormmjlq>)

Alexander Demling, SPON v. 20.5.2014 (<http://tinyurl.com/ndo9kpg>)

Martin Rath, LTO v. 3.12.2011 (<http://tinyurl.com/h3cw36u>)

Klaus Slapnicar, „Der Wilke, der später Palandt hieß“, NJW 2000, S. 1692 ff.

Fridhelm Faecks, „Palandt: Bürgerliches Gesetzbuch“, NJW 2009, S. 1054 ff.

AntragstellerInnen

Vincent Orth

57-7-I3

AntragstellerInnen: AStA der Uni Kassel

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Anonymisierung von Klausuren

1 Die Güte einer Note und der damit verbunden Klausur lässt sich durch Validi-
2 tät, Reliabilität und Objektivität bestimmen. Die Gütekriterien der Validität
3 und der Reliabilität lassen sich nur schwierig durch umsetzbare allgemeine Be-
4 schlüsse verändern, die Objektivität hingegen schon. Daher wird beantragt,
5 dass die dem FZS angehörigen Studierendenvertretungen sich zum einen an
6 Ihren Universitäten für die fachbereichsübergreifende Möglichkeit einsetzen,
7 Klausuren ohne Klarnamen schreiben zu können und zum anderen dies im
8 Rahmen ihrer Möglichkeiten modellweise wissenschaftlich begleiten und aus-
9 werten zu lassen.

Begründung

Der Einfluss von Namen auf die Benotung von Leistungsnachweisen ist vor allem in der Schule erforscht, doch aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse wohl auch auf andere Rahmen übertragbar und gegebenenfalls durch das fehlende pädagogische Wissen um diese Effekte von Hilfskräften und Dozierenden an Universitäten noch weiter ausgeprägt. So fand die Universität Oldenburg 2009 heraus, dass bestimmte Namen mit bestimmten Eigenschaften assoziiert werden und Einfluss auf die Notengebung haben können. Des Weiteren ist die Vergabe von Noten unter anderem auch sozialen und individuellen Bezugsnormen unterworfen. So kann zum Beispiel die Bekanntschaft mit der bewertenden Person oder die Einordnung in einen anderen Kontext Einfluss auf die Notenvergabe haben.

Diesen Einflüssen auf die Notenvergabe kann durch die Anonymität der Studierenden entgegen gewirkt werden und eine größere Fairness gewährleistet werden.

Durch das an vielen Universitäten genutzte Verfahren Klausuren mit Matrikelnummern zu versehen und in Prüfungssysteme einzutragen, ist auch nur von einem geringen verwaltungstechnischem Mehraufwand bei der Umstellung zu rechnen.

Gegenüber den einzelnen Universitäten wäre eine solche Umstellung außerdem einfacher zu rechtfertigen, wenn deutschlandweit ähnliche Umstellungen stattfinden oder sich einzelne Universitäten dazu bereit erklären würden, die Anonymisierung modellweise durchzuführen.

AntragstellerInnen

AStA der Uni Kassel

57-7-I2

AntragstellerInnen: Internationales

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Stellungnahme zum Brexit

1 Am 23. Juni 2016 stimmten die Bürger*innen des Vereinigten Königreichs bei
2 einer Wahlbeteiligung von 72,2% mit einer Mehrheit von 51,9% für einen Aus-
3 tritt des Vereinigten Königreichs aus der EU. Seit dem 26. Januar 2017 liegt
4 dem britischen Parlament ein Gesetzesentwurf vor, laut dem die britische Pre-
5 mierministerin “die Absicht des Vereinigten Königreichs zum Austritt aus der
6 EU, gemäß Artikel 50 des Vertrags über die Europäische Union bekanntgeben“
7 kann. Nach einem Bericht der „Financial Times“ soll das Gesetz für die Aus-
8 trittserklärung bis Mitte März verabschiedet werden. Laut einer Umfrage des
9 britischen Meinungsforschungsinstituts YouGov und der Tageszeitung “The
10 Times“ vom 20. – 22. Juni 2016 beträgt die Zustimmung zum EU-Austritt bei
11 den Altersgruppen, in denen tendenziell Student*innen vertreten sind, der 18-
12 24 jährigen* lediglich 20% und auch in der Alterskohorte der 25-49 jährigen*
13 45%. Nach einer Befragung des Higher Education Policy Institute, an der 1000
14 Student*innen teilnahmen, stimmten 70% für einen Verbleib in der EU.

15 Die Auswirkungen des sogenannten Brexits auf den Raum Hochschule sind,
16 wenn auch noch nicht vollumfänglich absehbar, schwerwiegend.

17 Bereits jetzt verlangt das UK von sogenannten “Overseas Students“ – sprich:
18 Nicht-EU-Student*innen – Studiengebühren von etwa 40.000€ im Jahr (ab-
19 hängig von Studiengang und Hochschule) im Vergleich zu 11.600€ Studienge-
20 bühren von UK-Student*innen. Derzeit sind durch das Nichtdiskriminierungs-
21 gebot EU-Student*innen mit UK-Student*innen gleichgestellt. Mit dem Brexit
22 besteht die Gefahr, dass auch EU-Student*innen von den astronomischen Ge-
23 bühren für “overseas“-Student*innen betroffen wären.

24 Auch für die ERASMUS+-Student*innen, welche Auslandssemester in Eng-
25 land absolvieren (insbesondere in Anglistikstudiengängen nichts ungewöhnli-
26 ches), ist unklar wie es nach 2020 weitergehen wird. Sollte die UK die zu
27 befürchtende nationalistische Isolationspolitik fortführen, droht auch ein Ende
28 der ERASMUS+-Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs, wenn 2020 das
29 Budget für das Programm ausläuft. Auf der anderen Seite sollte auch die EU
30 nicht, wie bspw. in der Vergangenheit gegenüber der Schweiz[1], Student*innen
31 zu Sündenböcken machen, indem sie im Rahmen der Verhandlungen UK aus
32 dem ERASMUS+-Programm ausschließt.

33 Diese Problematiken werden – sowohl für ERASMUS+-Student*innen, als
34 auch für Student*innen, welche ihren Bachelor oder Master im Vereinigten Kö-
35 nigreich absolvieren – bei den Visakosten und damit verbundenen Bürokratie-
36 aufwänden deutlich. So wird für Student*innen aus dem europäischen Festland
37 ein “Tier 4 Student Visa“, welches 400 Euro kostet, notwendig um in Großbri-
38 tannien zu studieren. Betroffen davon dürften ca. 125.000 Student*innen sein,
39 ausgehend von den Immatrikulationszahlen der EU-Student*innen im Verei-
40 nigten Königreich 2015.

41 Auch die Forschung und Lehre wird durch den Brexit vor das Problem ei-
42 nes großen Bürokratie- (und somit auch Kostenmehr-) aufwandes gestellt.
43 Dies beginnt bei gemeinsamen und EU-finanzierten Forschungsgruppen und
44 -projekten, zieht sich über Promotionen und Praktika in Instituten, im Ver-
45 einigten Königreich oder in Europa, betrifft aber auch so simple und grund-
46 sätzliche Sachen wie britische (Gast-)Dozent*innen an EU-Universitäten und
47 umgekehrt.

48 Am wichtigsten erscheint aber im Zuge der immer stärker werdenden rechts-
49 populistischen und neofaschistischen Bewegungen in Europa, dass ein Rückfall
50 aus der EU in nationalistische Kleinstaaterei keine Lösung für europäische Pro-
51 bleme sein kann. Eine Umgestaltung der Europäischen Union zu einem deut-
52 lich stärker legitimierten demokratischen Modell mit einem EU-Parlament mit
53 Richtlinienkompetenz ist anzustreben, um die Rolle der EU zu stärken und
54 Nationalstaaten zukünftig in der Bedeutungslosigkeit verschwinden zu lassen.
55 Der fzs setzt sich dafür ein, dass für Student*innen weiterhin die Möglichkeit
56 eines geeinten Europas besteht und dass es keinen Rückfall zu einem Europa
57 unserer Ur- und Großeltern gibt. Weiterhin setzt sich der fzs dafür ein, dass mit
58 ERASMUS+ keine Sondersituation für Privilegierte, Schüler*innen und junge
59 Student*innen besteht, sondern das ein Austausch unabhängig von Alter und
60 Status gefördert wird.

61 Die “overseas“-Lösung, im Sinne eines “harten“ Brexits, mit ihren erhöhten
62 Studiengebühren und ihrem zusätzlichen bürokratischen Aufwand ist nicht
63 akzeptabel: Sie ist an jedem ihrer Anwendungsfälle schwerstens zu kritisie-
64 ren. Eine Ausweitung derselben exkludierenden Politik in Bezug auf EU-
65 Student*innen wäre jedoch ein zusätzlicher Rückschritt. Die aktuellen For-
66 schungsprojekte und Finanzierungstöpfe dürfen auf keinen Fall wegfallen und
67 müssen unter allen Umständen weiterfinanziert werden. Die zusätzlichen Kos-
68 ten, welche durch Visa und arbeitsrechtliche Veränderungen sowohl für EU-
69 als auch für britische Student*innen entstehen, schränken die Mobilität der
70 Student*innen immens ein und bedeuten ein effektives Hindernis für das Stu-
71 dium, welches eben dieses umso exklusiver, ausschließender und elitärer macht.
72 Der fzs verurteilt sie ebenfalls. Sie sind so gering wie möglich zu halten oder
73 durch Institutionen zu übernehmen. Zu nicht ganz so guter Letzt ist auch die
74 Verschlechterung der Qualität der Lehre ein immenser Rückschritt. Es wird
75 deutlich, dass Student*innen durch den Brexit zwangsweise schwere Einschrän-
76 kungen erleiden. Diese können nicht auf Null gesenkt werden. Sie so gering wie
77 möglich zu halten ist notwendig im Sinne des “kleineren“ Übels. Eine scharfe
78 Verurteilung des Brexits muss nichtsdestotrotz geschehen!

79 Demonstrationen sind ein Weg, den Unmut über einen solchen Rückfall in die
80 Nationalstaatlichkeit auszudrücken. Universitätsbesetzungen und Solidaritäts-
81 erklärungen mit Betroffenen sind ebenso sinnvoll und aussagekräftig. Bildung
82 muss ein Menschenrecht bleiben, mehr noch: Eben jenes Menschenrecht muss
83 auch durchgesetzt werden.

Begründung

Wir finden Brexit doof. Ihr auch?

AntragstellerInnen

Ausschuss Internationales

57-7-I4

AntragstellerInnen: AStA der Uni Kassel u.a.

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Solidaritätsbekundung für DITIB-kritische Veranstaltung

1 In den vergangenen Monaten waren in verschiedenen deutschen Städten Ver-
2 anstaltungen des Verbandes der Studierenden aus Kurdistan e.V. (YXK) unter
3 dem Titel „DITIB – Die Marionetten Erdogans“ geplant. Daraufhin wurde von
4 Seiten des türkisch-islamischen Verbandes DITIB versucht eine Drohkulisse ge-
5 gen die Veranstalter*innen aufzubauen. Nachdem kürzlich in Duisburg-Essen
6 im Vorfeld der Veranstaltung eine Bombendrohung gegenüber dem AStA auf-
7 kam und die Veranstaltung verlegt werden musste, sowie bekannt wurde, dass
8 sich in Frankfurt und Bremen ähnliche Situationen zugretragen haben, se-
9 hen wir es als eine Notwendigkeit an, durch eine gemeinsame Pressemitteilung
10 unsere Position für einen offenen Meinungs-austausch zu demonstrieren. Wir
11 wollen uns selbst deutlich positionieren und möglichst viele AStA informieren
12 sowie gleichzeitig ermuntern die Veranstaltung selbst durchzuführen oder zu
13 unterstützen.

Begründung

Im vergangen Jahr wurde vom Verband der Studierenden aus Kurdistan e. V. (YXK) sowie von den Studierenden Frauen aus Kurdistan (JXK), bundesweit eine DITIB- kritische Veranstaltung: „DITIB – Die Marionetten Erdogans?“ organisiert.

Die Veranstaltung befasste sich mit dem Dachverband der türkisch- islamischen Moscheengemeinden in Deutschland. Die Referent*innen waren der Politologe

und Gewerkschaften, Tim vom Jugendverband der Linkspartei, solid. und der alevitische welche die Rolle DITIBs in Deutschland und die Verbindungen zur aktuellen türkischen AKP Regierung beleuchteten.

Kurz vor Durchführung der Veranstaltung kam es zu deutlichen Aufforderungen seitens der DITIB, der UETD (die UETD gilt als Lobby-Organisation der türkischen Regierungspartei AKP) und eines Kasseler Imams gegenüber dem AStA die Veranstaltung abzusagen, mit dem Vorwurf es handele sich um eine Veranstaltung von Terrorist*innen um Personen für dessen Ziele zu rekrutieren.

Derartige Forderungen und Unterstellungen wurden auch an die Universität heran getragen, welche uns schließlich mitteilte den Veranstalter*innen die Räume zu entziehen und somit die Veranstaltung zu unterbinden. Gleichzeitig brach in sozialen Netzwerken ein regelrechter Shitstorm los, neben wütenden E-Mails klingelten wenig später in sämtlichen Büros im Minutentakt die Telefone, die Anrufenden hatten außer Beschimpfungen und infamen Unterstellungen wenig Argumente vorzubringen, auch wussten sie oftmals nicht um was für eine Art Veranstaltung es sich handelt.

1 Stern Bewertungen auf der Facebookseite des AStA mit unsachlichen hetzerischen Kommentaren wurden ebenfalls in hoher Anzahl vorgenommen um Druck aufzubauen, unabhängig davon dass der AStA gar nicht der Veranstalter war.

Durch die veröffentlichte Pressemitteilung des AStA zu den Ereignissen und den erfolgten Druck zu Lasten eines offenen Diskurses konnte die Universität schließlich einen Tag vor Veranstaltungsbeginn umgestimmt werden. Die Veranstaltung fand unter polizeilichen Schutz und der Überwachung eines Sicherheitsdienstes statt, sie füllte problemlos einen größeren Seminarraum. Hitzige Debatten, aber ein insgesamt friedlicher Verlauf der Veranstaltung zeigten, wie wichtig diese Podiumsdiskussion für die Studierenden war. Eine Bombendrohung gegenüber des örtlichen alevitischen Zentrums begleitete diese Ereignisse und festigte ein Bedrohungsszenario gegen das Aufgreifen dieses Themas. Die Brisanz des Themas wird somit deutlich, haben bereits einige Bundesländer die Arbeit mit dem DITIB-Verband auf Eis gelegt oder prüfen derzeit diese.

AntragstellerInnen

AStA der Uni Kassel, Mark Bienkowski

57-7-I7

AntragstellerInnen: Vorstand

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Unterstützung des GEW-Appells „Gute Bildung für alle! – Appell für mehr Geld in der Bildung!“

- ¹ Der freie Zusammenschluss von student*innenschaften unterstützt den Appell
- ² der GEW „Gute Bildung für alle! – Appell für mehr Geld in der Bildung!“.

Begründung

Hier der Volltext des Appells:

Gute Bildung heißt Bildung für alle

Deutschland braucht mehr und bessere Bildung für alle Menschen. Weder das Alter, die Herkunft, das Geschlecht, eine Behinderung oder der soziale Status dürfen zu schlechteren Bildungschancen führen. Nur dann kann das Menschenrecht auf Bildung in Deutschland wirksam erfüllt werden. Gute Bildung ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar: für die Persönlichkeitsentwicklung, für ein Leben und Arbeiten in Würde, für eine Erziehung zur Toleranz und zur Übernahme von Verantwortung und damit für eine aktive demokratische Beteiligung an der gesellschaftlichen Entwicklung. Bildung muss auf Lernen für nachhaltiges Denken und Handeln, auf wechselseitige Anerkennung und Respekt ausgerichtet sein. Die Rahmenbedingungen für die beteiligten Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen müssen fair, gerecht und durchlässig gestaltet sein. Der Bildungserfolg ist in Deutschland wie in kaum einem anderen Staat vom Einkommen und Bildungsstand der Eltern abhängig. Das muss sich ändern! Bildung muss weitergedacht und weiterentwickelt werden. Es bedarf

einer Offensive für den qualitativen und quantitativen Ausbau des gesamten Bildungswesens.

Gute Bildung verlangt Raum und Zeit

Was wir in Deutschland brauchen, ist mehr Zeit und mehr Raum für Bildung und Lernen. Kinder, Jugendliche und Erwachsene brauchen ein Umfeld, das ihnen Lernen erleichtert, sie anspricht und motiviert. Räume müssen gemeinsames und individuelles Lernen unterstützen und so ausgestattet sein, dass zeitgemäße pädagogische Konzepte umgesetzt werden können. Die Realität unserer Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen sieht häufig anders aus. Allein bei den Schulgebäuden besteht ein Sanierungsstau in einer zweistelligen Milliardensumme.

Gute Bildung braucht Personal

Die Beschäftigten in Bildung und Wissenschaft eröffnen Kindern, Jugendlichen sowie jungen und älteren Erwachsenen den Zugang zur Welt. Aber: Gruppen und Klassen sind vielfach zu groß. Fachkräfte im Bildungsbereich benötigen Zeit, um sich individuellem und gemeinsamem Lernen widmen und sich beraten und austauschen zu können.

Der zunehmende Personalmangel im Bildungsbereich ist besorgniserregend. Das ist auch eine Folge der bisherigen Kürzungen in Bund, Ländern und Kommunen, der fehlenden Attraktivität pädagogischer Berufe und der mangelnden Ausbildungskapazitäten im Bildungsbereich. Auch dies beeinträchtigt die Bildung der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen. An den Hochschulen und in der Weiterbildung, zunehmend auch an Kitas und Schulen, arbeiten viele Menschen mit befristeten Verträgen. Besonders in der Weiterbildung arbeiten viele als Honorarkräfte ohne soziale Absicherung. Für alle Beschäftigten in Bildung und Wissenschaft sind Dauerstellen für Daueraufgaben zu schaffen. Außerdem benötigen zusätzliche Aufgaben zusätzliches Personal. Gute Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzung für erfolgreiche Bildung.

Gute Bildung braucht Geld

Wir brauchen mehr Geld für Bildung. Nur so wird es möglich sein, das Recht auf gute Bildung für alle zu verwirklichen. Dies bedeutet vor allem:

- Verstärkung der Qualität der Kindertagesstätten, um erfolgreiche Bildung von Anfang an zu ermöglichen;
- umfassende Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen;

- Umsetzung des Rechtes auf eine inklusive Schule mit einer aufgabenadäquaten räumlichen und personellen Ausstattung;
- optimale berufliche Qualifizierung;
- Ausbau der Grundfinanzierung der Hochschulen, Verbesserung der Betreuungsrelationen zwischen Lehrenden und Studierenden sowie eine Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG);
- bestmögliche Bildung der Erwachsenen einschließlich der Grundbildung der sogenannten funktionalen Analphabeten;
- erfolgreiche Integration von geflüchteten und asylsuchenden Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen;
- ein ausreichend öffentlich finanziertes Weiterbildungsangebot;
- Erleichterung des Zugangs zur Weiterbildung; ein qualitativ hochwertiges Ganztagsangebot (Multiprofessionalität, Ausbau der Schulsozialarbeit, Räume, personelle Ausstattung);
- Investitionen für Gebäudesanierung, -neubau und -ausstattung;
- Ausstattung für das Lernen in der digitalisierten Welt; Bewältigung des zentralen Problems im Bildungswesen, des Mangels an qualifiziertem Personal;
- Zeit für Fortbildung und Beratung.

Wir appellieren deshalb vor der Bundestagswahl an die Kandidatinnen und Kandidaten für den neuen Bundestag: **Geld ist genug da.**

Wir appellieren deshalb vor der Bundestagswahl an die Kandidatinnen und Kandidaten für den neuen Bundestag:

- **Lassen Sie die Länder und Kommunen bei der Verwirklichung des Rechts auf gute Bildung für alle nicht allein.**
- **Stellen Sie deutlich mehr Geld zur Verfügung, damit Bund, Länder und Gemeinden diese essentielle Aufgabe für die Gesellschaft dauerhaft gut erfüllen können.**

Denn: Alles beginnt mit guter Bildung!

AntragstellerInnen

Vorstand

57-7-I9

AntragstellerInnen: Vorstand

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Beteiligung der Studierenden am Prozess des Masterplans Medizinstudium 2020

1 Der freie Zusammenschluss von student*innenschaften unterstützt
2 die Bestrebungen der Bundesvertretung der Medizinstudierenden,
3 sich aktiv an der Reform des Medizinstudiums zu beteiligen und
4 darauf Einfluss zu nehmen.

5 In einem ersten Schritt unterzeichnet der Verband hierfür die Pe-
6 tition „Beteiligung der Studierenden am Prozess des Masterplans
7 Medizinstudium 2020“ und wirbt über seine internen Kommunika-
8 tionskanäle (Verteiler, Veranstaltungen) und im Rahmen seiner Öff-
9 fentlichkeitsarbeit (Homepage, Social Media) dafür, die Petition zu
10 unterzeichnen.

11 In einem weiteren nimmt der fzs in dieser Sache Kontakt zur Bun-
12 desvertretung der Medizinstudierenden auf und verständigt sich mit
13 ihr wenn gewünscht über ein gemeinsames Vorgehen in der Sache
14 oder weitere Maßnahmen, wie das Anliegen der bvmd durch den fzs
15 bestärkt werden kann.

Begründung

erfolgt mündlich

Petitionstext:

Beteiligung der Studierenden am Prozess des Masterplans Medizinstudium 2020

Die große Reform des Studiengangs Medizin, der Masterplan Medizinstudium 2020, wird im Frühjahr 2017 beschlossen. Nun wird vom Bundesministerium für Gesundheit eine „Expertenkommission“ eingesetzt, um basierend auf den Punkten des Masterplans, Vorschläge zur Änderung der ärztlichen Approbationsordnung zu erstellen.

Die bisherigen Verhandlungen über die Punkte des Masterplans wurden vertraulich und ohne uns Studierende in einer Bund – Länder Arbeitsgemeinschaft ausgearbeitet. Wir Studierende wünschen uns nun von den Verantwortlichen von Bund und Ländern, dass in der jetzt anstehenden Phase der Umsetzung der Maßnahmenvorschläge in die ärztliche Approbationsordnung die Ideen und Anregungen der Medizinstudierenden gehört und berücksichtigt werden und VertreterInnen der Medizinstudierenden Teil der geplanten Expertenkommission werden.

Begründung [gehört zum Petitionstext, Anm.d. Antragsteller*innen]:

Wir Medizinstudierende haben große Hoffnungen und Erwartungen an das Reformvorhaben von Bund und Ländern und begreifen den Masterplan als Chance für eine langfristige Weiterentwicklung der ärztlichen Ausbildung.

Wir sind stolz darauf, dass unsere studentischen Forderungen, wie die Verzahnung vorklinischer und klinischer Studieninhalte, die zunehmende Kompetenzorientierung und Praxisnähe der Staatsexamina und die Fokussierung auf ein Kerncurriculum, Teil des Masterplans sind.

Daneben zählen zu den von den Gesundheits- und Kultusministerien konsentierten 37 Punkte des Masterplans Medizinstudiums 2020 die Einführung einer Landarztquote sowie die verpflichtende Prüfung des Fachs Allgemeinmedizin im dritten Staatsexamen (M3), die wir entschieden ablehnen. Auch unsere Wünsche und Forderungen zum Praktischen Jahr wie die faire Fehlzeiten- Regelung und

die bundesweit einheitliche Aufwandsentschädigung im PJ wurden nicht aufgenommen.

Durch die Fokussierung auf einzelne symbolpolitische Maßnahmen, die nicht durch zusätzliche Mittel von Bund und Ländern finanziert werden, könnte die umfängliche Reform des Medizinstudiums in den Hintergrund geraten. Die Meinung der Studierenden muss Gehör finden. Deshalb fordert die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V. – bvmd konkret ein studentisches Mitglied in die Expertenkommission zur Erarbeitung eines Vorschlags zur Änderung der Approbationsordnung für Ärzte und Ärztinnen einzusetzen!

Im Namen aller Unterzeichner/innen.

Berlin, 18.01.2017 (aktiv bis 17.03.2017)

AntragstellerInnen

Vorstand

57-7-I10

AntragstellerInnen: AStA der Universität Hamburg

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Internationalistische Wissenschaft statt G20

1 „Die G20 ist eine selbsternannte Gruppe, ihre Zusammensetzung
2 ist von den großen Nationen und Mächten bestimmt. Sie mag re-
3 präsentativer sein als die G7 oder G8, in der nur die Reichsten
4 vertreten sind. Aber sie ist willkürlich. Wir leben nicht mehr im
5 19. Jahrhundert, als sich große Mächte versammelten und die Welt
6 neu definierten. Niemand braucht einen neuen Wiener Kongress.
7 [...] So gesehen ist die Gruppe der Zwanzig, was die internatio-
8 nale Kooperation angeht, einer der größten Rückschritte seit dem
9 Zweiten Weltkrieg.“[1]

10 Am 7./8. Juli soll in Hamburg auf Einladung der deutschen Regie-
11 rung der G20-Gipfel stattfinden. Die 19 aus ihrer Sicht wichtigsten
12 Industrie- und Schwellenländer sowie die EU wollen sich dort ver-
13 sammeln, um im Rahmen der globalen Krise ihre ökonomischen In-
14 teressen und politischen Einflussphären zu sichern. Dort wollen die
15 weltgrößten Militärmächte und Waffenproduzenten über Frieden re-
16 den. Armut und Hunger bekämpfen wollen ausgerechnet diejenigen
17 Staaten, deren Konzerne – befeuert durch Freihandelsabkommen –
18 Mensch und Natur in aller Welt ausbeuten und Existenzgrundlagen
19 zerstören. Die größten VerursacherInnen von Treibhausgasen insze-
20 nieren sich als Speerspitze gegen den Klimawandel. Kurzum: Hier
21 wird der Bock zum Gärtner gemacht. Die G20 sind nicht Teil der
22 Lösung, deren Politik ist das Problem.

23 Die G20 sind eine Reaktion auf die Schwäche des neoliberalen Mo-
24 dells. Nach der Verkündung des „Endes der Geschichte“ 1990/91

25 traten 1999 zum ersten Mal die FinanzministerInnen der 19 BIP-
26 stärksten Staaten in Berlin zusammen. Sie versuchten auf die zahl-
27 losen Krisen in Folge der Globalisierung des Marktfundamentalismus
28 und die starken sozialen Bewegungen zu reagieren und ihre
29 Herrschaftsposition zu retten. Nachdem sich die immer weiter zu-
30 spitzenden Widersprüche in der großen Krise 2008 niederschlugen,
31 wurde das Ganze dann auf die Ebene der Regierungschefs gehoben.
32 Grundsätzlich bedeutet der G20-Gipfel ein immenses Tamtam
33 (bspw. inklusive künstlichem See in Toronto 2010), um dieses selbst-
34 ermächtigte, völkerrechtlich in keiner Weise legitimierte Gremium
35 als relevantesten Zusammenschluss von Staaten zu inszenieren.

36 Global setzen sich immer mehr Menschen für eine friedliche, sozial
37 gerechte, demokratische und ökologisch nachhaltige Beantwortung
38 der Krise ein, wie z.B. jüngst der millionenfach frequentierte
39 Womens-March in den USA zeigt. Die proklamierte Alternativlosigkeit
40 gerät immer weiter in Bedrängnis. Deswegen soll das Politik-
41 prinzip der G20 – Krieg, Armut, Zerstörung der natürlichen Lebens-
42 grundlagen, kollektives Burnout, Fluchtursachen und Grenzregime
43 – immer schriller und brutaler verteidigt werden. Die G20 sollen vor
44 allem das Märchen der gesellschaftlichen Alternativlosigkeit und die
45 eingeredete Bedeutungslosigkeit der Bevölkerungen verteidigen. Dafür
46 wird in den Begleitprozessen hin auf den Gipfel auch auf pseudo-
47 wissenschaftliche Legitimation gesetzt: Im sog. T20-Prozess soll von
48 ThinkTanks die Zustimmung dieser Politik organisiert werden. WissenschaftlerInnen
49 sollen zu einem „*Geschlecht erfinderischer Zwerge*“ degradiert werden,
50 „*die für alles gemietet werden können*“. Diese sollen laut offiziellem
51 T20-Blog den Regierungen helfen, deren Ideen an die BürgerInnen
52 „zu verkaufen“. Dem entgegen halten wir dafür, „*daß das einzige Ziel der Wissenschaft darin besteht,*
53 *die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern.*“ (Bert
54 Brecht, Leben des Galilei)

56 In diesem Sinne wollen wir alle Mitglieder der Hochschulen dazu
57 anregen, die Institution der G20, die Austragung des Gipfels in
58 Hamburgs Innenstadt und die damit in Verbindung stehenden „epochaltypischen
59 Schlüsselprobleme“ (Klafki) (globale soziale Ungleichheit, Krieg/Frieden,
60 Flucht und Migration, Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen) im
61 kommenden Semester verstärkt zum Gegenstand in Forschung und Lehre
62 zu machen. In der Universalität der Fächer bieten sich dafür vielfältige
63 Bezüge an: In welchem geschicht-

64 lichen Entstehungskontext sind die G20 zu verorten? Wie steht es
65 um die völkerrechtliche Legitimität der G20 und ihrem Verhältnis zu
66 den Vereinten Nationen? Welche Rolle spielt die „Group of Twenty“
67 für eine weltweite friedliche Entwicklung? Wie gelingt der diplomati-
68 sche Austausch zwischen den Bevölkerungen? Vor welchen Heraus-
69 forderungen steht die Weltgemeinschaft für die Entwicklung einer
70 global nachhaltigen Ökonomie? Wie kann sich das Menschenrecht
71 auf Gesundheit in einen freien Zugang zu humaner Medizin überall
72 auf der Welt übersetzen? Welche Auswirkungen sind für die soziale
73 Geografie Hamburgs durch die Ausrichtung des Gipfels zu erwar-
74 ten und wie kann die Wissenschaft zur Einhaltung der Grundrechte
75 währenddessen beitragen?

76 Der fzs ruf alle Studierendenschaften dazu auf, sich entgegen der ver-
77 suchten Verteidigung des TINA-Prinzips in ihren jeweiligen Hoch-
78 schulen anhand des G20-Gipfels mit den global drängenden Fragen
79 zu befassen und wirkliche Alternativen zur multiplen Krise entwi-
80 ckeln. Dies kann in Form eines ausgerufenen Themensemesters ent-
81 stehen, dessen Ergebnisse in der Gipfel-Woche an der Universität
82 Hamburg zusammengetragen werden.

83 Der fzs setzt sich insbesondere mit dem T20- und S20-Prozess aus-
84 eiandner, entwickelt dazu Aufklärungsmaterial und mobilisiert auf
85 dieser Grundlage zur Demonstration „Grenzenlose Solidarität statt
86 G20 !“ am 8. Juli 2017.[2]

87 Als Beitrag zur solidarischen Alternative zur Krise des Neolibera-
88 lismus beteiligt sich der fzs an der Organisation einer Veranstal-
89 tung zu „Perspektiven globaler studentischer Bewegung“ während
90 der Gipfel-Woche an der Uni Hamburg, zu der MitstreiterInnen aus
91 verschiedenen Studierendenbewegungen aus aller Welt eingeladen
92 werden, u.a. Brasilien, Großbritannien, Niederlande etc.

93 Weiteres:

94 Beschluss des Studierendenparlaments der
95 Uni Hamburg zu G20: [https://www.stupa.uni-
96 hamburg.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Beschl%C3%BCsse/Legislatur
97 2017/b1617-019-g20.pdf](https://www.stupa.uni-hamburg.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Beschl%C3%BCsse/Legislatur2017/b1617-019-g20.pdf)

98 Mike Callaghan auf dem offiziellen Blog der T20: [http://blogs.die-
99 gdi.de/2016/11/22/how-t20-can-assist-g20/](http://blogs.die-gdi.de/2016/11/22/how-t20-can-assist-g20/)

100 [1]Der damalige Außenminister Norwegens, Jonas Gahr Støre, im
101 Jahr 2010 im Interview mit dem SPIEGEL

102 [2]<http://g20-demo.de/de/beispiel-seite/>

AntragstellerInnen

AStA der Universität Hamburg

57-7-I11

AntragstellerInnen: Ausschuss Internationales

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Call „Our Europe“

1 Hiermit möge die MV beschließen den Call “OUR EUROPE – UNI-
2 TED, DEMOCRATIC, IN SOLIDARITY“ zu unterschreiben.

3 Der Call lautet wie folgt:

4 OUR EUROPE

5 UNITED, DEMOCRATIC, IN SOLIDARITY

6 On the 60th anniversary of the signing of the Treaty of Rome, we
7 gather, aware that to

8 prevent Europe from collapse, social and environmental disasters,
9 and regressions

10 towards authoritarianism, we must change it.

11 Our common legacy, built upon the achievements of rights and de-
12 mocracy, is

13 disintegrating alongside our welfare state, hopes, and aspirations.

14 In recent years we have witnessed unfair treaties, austerity, the do-
15 mination of finance,

16 rejections, job insecurity, and the discrimination of young people
17 and women; in Europe we

18 also saw the growth of inequality and poverty.

19 We are at a crossroads: between saving human lives, or banks; bet-
20 ween ensuring
21 universal rights, or dismantling them; between peaceful coexistence
22 or war; between
23 democracy or dictatorship. Mistrust, fear, and social insecurity are
24 increasing, while
25 racism, reactionary nationalism, walls, borders, and razor wires are
26 growing all around
27 us.

28 Another Europe is necessary, urgent, and possible. To create it we
29 must act. We must
30 denounce policies that threaten its very existence. We must demand
31 supranational
32 democratic institutions as real expressions of popular mandate, with
33 adequate resources.

34 We must claim the respect of the rights enshrined in the Charta of
35 Fundamental Rights.

36 And whether in the Mediterranean area or beyond the European
37 Union borders—we must
38 defend all things good, propose alternatives, and fight to achieve
39 them.

40 This project of european unity, innovative and fearless, will guaran-
41 tee to all men and
42 women the only viable future. A future based on democracy and
43 freedom, rights and
44 equality, legitimate respect of gender diversity, social and climate
45 justice, human and labor
46 dignity, solidarity and acceptance, peace, and environmental su-
47 stainability.

48 We will never say “Italians or Germans or French first,” but “us
49 first.” By “us,” we mean

50 North and South, East or West European, natives and migrants,
51 men and women.

52 Let's start from here—from Rome. Let's show solidarity and unity,
53 and build a political

54 space equal to the challenges ahead. Let's overcome our differences,
55 in our continent and

56 all over the world.

57 We invite you to respond to this call, to promote and contribute to
58 other events and

59 gatherings in Italy and all over Europe, and to come to Rome the
60 23rd, 24th and 25th of

61 March to take part in initiatives that will bring about a remarkable,
62 unified convergence.

Begründung

Es bietet sich dem FZS die Möglichkeit ein Statement gemeinsam mit Gruppierungen, NGO's und Parteien wie Greenpeace, Universitäts- und Schulgewerkschaften, der Jungen Europäischen Föderalisten und evtl. der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke und der Europäischen grünen Parteizu setzten.

Gegen eine Unterstützung des Calls sprechen allerdings die darin formulierte einseitige Kritik, der geäußerte Dualismus zwischen Katastrophe und befreiter Gesellschaft und eine Sprache die geradezu von Pathos und Krisenrhetorik strotzt. Wendungen wie „reactionary nationalism“ (Wann ist Nationalismus nicht reaktionär?), „Us First,,“, etc. entsprechen unserer Meinung nach nicht dem Ethos des fzs. Was denkt ihr?

Der Antrag ist initiativ, da uns de Call auch erst nach der Antragsverschickungsfrist erreichte.

AntragstellerInnen

Ausschuss Internationales

57-7-I3-1-4a

AntragstellerInnen: StuRa Uni Freiburg

Gegenstand: 57-7-I3 Anonymisierung von Klausuren (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I3-1-4a

- ¹ Streiche Zeilen 1-4. Was die Güte einer Note mit den Gütekriterien
- ² aus einem rationalistischen Forschungsparadigma zu tun haben, ist
- ³ uns nicht klar. Der Antrag funktioniert auch ohne diese Gütekrite-
- ⁴ rien.

AntragstellerInnen

StuRa Uni Freiburg

57-7-I3-1-4b

AntragstellerInnen: Ausschuss Studienreform

Gegenstand: 57-7-I3 Anonymisierung von Klausuren (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I3-1-4b

1 Ersetze:

2 “Die Güte einer Note und der damit verbundenen Klausur lässt sich
3 durch Validität, Reliabilität und Objektivität bestimmen. Die Güte-
4 kriterien der Validität und der Reliabilität lassen sich nur schwierig
5 durch umsetzbare allgemeine Beschlüsse verändern, die Objektivität
6 hingegen schon.“

7 Durch:

8 “Vor dem Hintergrund des “Positionspapier zur Notengebung“ vom
9 16.08.2007 lehnt der fzs Noten grundsätzlich ab. Noten haben keine
10 konstruktive Rückmeldefunktion, sie sind ungeeignete Messinstru-
11 mente und dienen der sozialen Auslese.

12 Ein mittelfristiger Schritt zur Verbesserung der Situation für die
13 Lernenden wäre es, die Objektivität der Notenvergabe zu erhöhen.
14 Die Anonymisierung von Klausuren scheint hier ein sinnvoller erster
15 Schritt.“

Begründung

Eine verständliche Einleitung macht Sinn, die Zeilen 1-3 erfüllen dies nicht ausreichend. Außerdem wird sich dabei nicht stark genug selbst verortet, dies wollen wir mit diesem Änderungsantrag beheben.

AntragstellerInnen

Ausschuss Studienreform

57-7-I6-3-9a

AntragstellerInnen: AStA Uni Kassel

Gegenstand: 57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I6-3-9a

- 1 Bildungsinstitutionen sind wie unsere Gesellschaft patriarchal ge-
- 2 prägt. Sexismus ist kein neues Phänomen, es hat durch den zuneh-
- 3 menden Rechtsruck und Neo-Faschismus jedoch einen Rollback in
- 4 europäischer und internationaler Politik und Gesellschaft gegeben.
- 5 Als Student*innenschaften sind wir gefragt diese Zusammenhänge
- 6 zu benennen, zu analysieren und zu bekämpfen und in den eigenen
- 7 Reihen patriarchale Strukturen aufzudecken und diese gemeinsam
- 8 zu verändern.

Begründung

Sexismus und patriarchale Strukturen sind kein neues Phänomen durch die erstarkende Rechte, sondern waren auch vorher vorhanden und werden durch diese nur verstärkt.

AntragstellerInnen

AStA Uni Kassel

57-7-I6-3-9b

AntragstellerInnen: AStA Uni Kassel

Gegenstand: 57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I6-3-9b

- 1 Bildungsinstitutionen sind wie unsere Gesellschaft patriarchal ge-
- 2 prägt. Sexismus ist kein neues Phänomen, es hat durch den zuneh-
- 3 menden Rechtsruck und Neo-Faschismus jedoch einen Rollback in
- 4 europäischer und internationaler Politik und Gesellschaft gegeben.
- 5 Als Student*innenschaften sind wir gefragt diese Zusammenhänge
- 6 zu benennen, zu analysieren und zu bekämpfen und in den eigenen
- 7 Reihen patriarchale Strukturen aufzudecken und diese gemeinsam
- 8 zu verändern.

Begründung

Sexismus und patriarchale Strukturen sind kein neues Phänomen durch die erstarkende Rechte, sondern waren auch vorher vorhanden und werden durch diese nur verstärkt.

AntragstellerInnen

AStA Uni Kassel

57-7-I3-4-7b

AntragstellerInnen: Ausschuss Studienreform

Gegenstand: 57-7-I3 Anonymisierung von Klausuren (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I3-4-7b

1 ersetze “Daher wird beantragt, dass die dem FZS angehörigen Stu-
2 dierendenvertretungen sich zum einen an Ihren Universitäten für
3 die fachbereichsübergreifende Möglichkeit einsetzen , Klausuren oh-
4 ne Klarnamen schreiben zu können und zum anderen dies im Rah-
5 men ihrer Möglichkeiten modellweise wissenschaftlich begleiten und
6 auswerten zu lassen.“

7 durch:

8 “Der fzs setzt sich für dafür ein, Klausuren ohne Klarnamen schrei-
9 ben zu können. Des weiteren fordert der fzs die Auswirkungen von
10 anonymisierten Klausuren wissenschaftlich zu begleiten und auswer-
11 ten zu lassen.“

Begründung

Wir sehen es auch als schwierig an, diesen Antrag für Mitglieds-Studierendenschaften zu beschließen. Der fzs kann sich jedoch dazu positionieren und die Studierendenschaften dabei unterstützen, diese Forderung an ihren Hochschulen umzusetzen. Des weiteren sehen wir es als nicht möglich, dass der fzs die wissenschaftliche Auswertung begleitet. Er kann jedoch fordern, dass dies getan wird.

AntragstellerInnen

Ausschuss Studienreform

57-7-I3-4-7a

AntragstellerInnen: StuRa Uni Freiburg

Gegenstand: 57-7-I3 Anonymisierung von Klausuren (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I3-4-7a

1 ersetze “Daher wird beantragt, dass die dem FZS angehörigen Stu-
2 dierendenvertretungen sich zum einen an Ihren Universitäten für
3 die fachbereichsübergreifende Möglichkeit einsetzen , Klausuren oh-
4 ne Klarnamen schreiben zu können und zum anderen dies im Rah-
5 men ihrer Möglichkeiten modellweise wissenschaftlich begleiten und
6 auswerten zu lassen.“

7 durch:

8 “Der fzs setzt sich für dafür ein, Klausuren ohne Klarnamen schrei-
9 ben zu können und zum anderen dies im Rahmen ihrer Möglichkei-
10 ten modellweise wissenschaftlich begleiten und auswerten zu lassen.
11 Dazu bietet er die nötige Infrastruktur.“

Begründung

Wir finden es schwierig, etwas für die Mitgliedsstrukturen des Verbands zu beschließen, das müssen die Strukturen schon selbst für sich machen, der fzs kann sich dazu positionieren und die Strukturen, die sich dafür einsetzen wollen, dabei unterstützen.

AntragstellerInnen

StuRa Uni Freiburg

57-7-I3-5

AntragstellerInnen: Daniel Janke

Gegenstand: 57-7-I3 Anonymisierung von Klausuren (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I3-5

¹ ersetze "Universitäten" durch "Hochschulen"

Begründung

Nicht nur Studierendenvertretungen von Universitäten sind Mitglied des fzs.

AntragstellerInnen

Daniel Janke

57-7-I1-19

AntragstellerInnen: StuRa der TU Ilmenau

Gegenstand: 57-7-I1 Gegen Bildungshinder-
nisse in Baden-Württemberg-
rassistische und unsoziale Studiengebühren
verhindern! (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I1-19

- ¹ Ersetzte “xenophobe“ durch “fremdenfeindliche“

Begründung

Bessere Lesbarkeit aufgrund von weniger Fachbegriffen. Ersetzung ist sinnerhalten.

AntragstellerInnen

StuRa der TU Ilmenau

57-7-I1-30

AntragstellerInnen: StuRa der TU Ilmenau

Gegenstand: 57-7-I1 Gegen Bildungshinder-
nisse in Baden-Württemberg-
rassistische und unsoziale Studiengebühren
verhindern! (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I1-30

- ¹ Ersetzte “ Das Argument, die Gebühren würden zur Internationali-
² sierung beitragen, ist noch absurder, allein schon aufgrund der Tat-
³ sache, dass nur 20% der Einnahmen den Hochschulen zugute kom-
⁴ men sollen, während der Rest lediglich als Einnahme in den Haushalt
⁵ des Landes fließen soll“ durch
⁶ “Das Argument, die Gebühren würden den Hochschulen zugute
⁷ kommen, ist noch absurder aufgrund der Tatsache, dass nur 20%
⁸ der Einnahmen an die Hochschulen gehen, während der Rest ledig-
⁹ lich als Einnahme in den Haushalt des Landes fließen soll.“

Begründung

Das Argument mit der angeblich zu verbessernden Internationalität ist in der öffentlichen Diskussion nicht bekannt. Das Argument ist so für die Öffentlichkeit besser nachvollziehbar.

AntragstellerInnen

StuRa der TU Ilmenau

57-7-I6-38

AntragstellerInnen: AStA Uni Kassel

Gegenstand: 57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I6-38

- ¹ Ersetze „Frauen“ durch „Frauen*“

AntragstellerInnen

AStA Uni Kassel

57-7-I6-40

AntragstellerInnen: AStA

Gegenstand: 57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I6-40

- ¹ Ergänze „sogenannte“ nach „Menschen mit“.

AntragstellerInnen

AStA

57-7-I6-42

AntragstellerInnen: AStA Uni Kassel

Gegenstand: 57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I6-42

- ¹ Streiche die * und ersetze durch Anführungszeichen: „einfachen“.

Begründung

Das * wird im Antrag als Gender-Star verwendet. Eine Bedeutungsübertragung, die es zu einem Satzzeichen verdinglicht, lehnen wir ab.

AntragstellerInnen

AStA Uni Kassel

57-7-I1-49

AntragstellerInnen: StuRa der TU Ilmenau

Gegenstand: 57-7-I1 Gegen Bildungshinder-
nisse in Baden-Württemberg-
rassistische und unsoziale Studiengebühren
verhindern! (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I1-49

- ¹ Ersetze "Angestellte" durch "Mitarbeiter*innen" oder "wissen-
- ² schaftliche Mitarbeiter*innen"

Begründung

Im Kontext von Universitäten wird nicht von Angestellten gesprochen, sondern von (wissenschaftlichen) Mitarbeiter*innen, zB in den Landeshochschulgesetzen.

AntragstellerInnen

StuRa der TU Ilmenau

57-7-I6-61

AntragstellerInnen: AStA Uni Kassel

Gegenstand: 57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I6-61

- ¹ Streiche „'einfache'“.

Begründung

Die Verwendung des Wortes ‚einfache‘ relativiert die alltäglichen Kämpfe von Menschen gegen systematische Unterdrückung.

AntragstellerInnen

AStA Uni Kassel

57-7-I6-63-66

AntragstellerInnen: AStA Uni Kassel

Gegenstand: 57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I6-63-66

¹ Z. 63-66 ersatzlos streichen.

Begründung

Verkürzte Gesellschaftskritik mit unangemessenen Adjektiven.

Lohnabhängigkeit ist kein Problem, weil sie öde ist, sondern weil sie Menschen in finanzielle Zwänge bringt.

Geschlechternormen sind nicht blöde, sondern Grundlage für die alltägliche Diskriminierung und Stigmatisierung von Menschen.

Kulturalismus ist nicht einfach sinnlos, sondern führt zu Kulturrassismus und zur Ausgrenzung von Menschen.

Klimakatastrophen, Lohnabhängigkeit, Geschlechternormen und Kulturalismus sind kein Schmu, sondern führen direkt oder indirekt zur dazu, dass Menschen in ihrem Leben erheblich beeinträchtigt werden.

AntragstellerInnen

AStA Uni Kassel

57-7-I6-67-72

AntragstellerInnen: AStA Uni Kassel

Gegenstand: 57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I6-67-72

- 1 Wir wollen patriarchale Strukturen nicht nur gesellschaftlich an-
- 2 prangern, sondern auch in der innerverbandlichen Auseinanderset-
- 3 zung versuchen diese zu durchbrechen. Dies ist für uns nicht nur
- 4 Identitätspolitik, sondern ein erster Schritt männlich dominierte po-
- 5 litische Diskurse für alle Menschen zu öffnen.

AntragstellerInnen

AStA Uni Kassel

57-7-I2-91-94

AntragstellerInnen: AStA Uni Lüneburg

Gegenstand: 57-7-I2 Stellungnahme zum Brexit (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I2-91-94

1 Ersetze

2 “Demonstrationen sind ein Weg, den Unmut über einen solchen
3 Rückfall in die Nationalstaatlichkeit auszudrücken. Universitätsbe-
4 setzungen und Solidaritätserklärungen mit Betroffenen sind ebenso
5 sinnvoll und aussagekräftig.“

6 durch

7 “Der fzs solidarisiert sich mit allen, die ihren Unmut über einen
8 solchen Rückfall in die Nationalstaatlichkeit mit Demonstrationen,
9 Universitätsbesetzungen oder anderen friedlichen Aktionen aus-
10 drücken möchten.“

Begründung

Wir würden gerne am Ende des Antrags einen konkreten Handlungs-
auftrag einbringen.

AntragstellerInnen

AStA Uni Lüneburg

57-7-I6-111

AntragstellerInnen: AStA Uni Kassel

Gegenstand: 57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I6-111

- ¹ Ergänze „können“ nach „zu Wort kommen“.

AntragstellerInnen

AStA Uni Kassel

57-7-I6-112

AntragstellerInnen: AStA Uni Kassel

Gegenstand: 57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I6-112

- ¹ Ersetze „Frauen“ durch „Frauen*“.

AntragstellerInnen

AStA Uni Kassel

57-7-I6-114-131

AntragstellerInnen: AStA Uni Kassel

Gegenstand: 57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I6-114-131

1 Wir gehen davon aus, dass die binäre Differenz zwischen Männern
2 und Frauen ein gesellschaftliches Konstrukt ist, dass unter ande-
3 rem zur Sicherung der patriarchalen Ordnung dient. Diskriminie-
4 rung auf Grund des Geschlechts basiert im Alltag zu einem signifi-
5 kanten Anteil auf der äußeren/oberflächlichen Lesbarkeit von Per-
6 sonen als nicht-männlich. Wir müssen diese Konstrukte benennen,
7 um gegen sie kämpfen zu können und patriarchale Strukturen zu
8 durchbrechen.

9 Eine quotierte Redeliste ist für uns ein Gleichstellungsinstrument
10 um männliche Hegemonie in Diskursen zurückzudrängen. Die Wie-
11 dereinführung einer Frauen*liste ist keine binäre Zuordnung, son-
12 dern lässt auch Geschlechteridentitäten abseits von männlich und
13 weiblich zu. Sie ist damit nicht inter- oder transexklusiv. Das * be-
14 deutet für uns, für alle Menschen und ihre Identitäten einen Platz
15 zu schaffen und die Diskriminierung von nicht-männlichen Personen
16 sichtbar zu machen.

17 Die Einführung einer Frauen*liste sensibilisiert für männlich domi-
18 nantes Redeverhalten und schafft damit auch Raum für Männer,
19 die sich nicht durch dominantes Redeverhalten durchsetzen können
20 oder wollen und auf der Männerliste Platz finden.

Begründung

Die im ungeänderten Absatz vorgeschlagene Definition des * erkennt dessen Funktion als Platzhalter innerhalb des binären Geschlechtersystems für andere Geschlechteridentitäten und verkürzt dessen Bedeutung auf eine weibliche Zuschreibung. Damit ist diese Definition inter- und transexklusiv und wird einem queerfeministischen Ansatz nicht gerecht.

AntragstellerInnen

AStA Uni Kassel

57-7-I6-116

AntragstellerInnen: AStA Uni Kassel

Gegenstand: 57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I6-116

- ¹ Ersetze „Frauen*“ durch „nicht-männlich“.

Begründung

In der patriarchalen Gesellschaft gilt das Männliche als Norm. Menschen werden auf Grund ihrer Abweichung von dieser Norm als nicht-männlich diskriminiert – nicht, weil sie weiblich sind.

AntragstellerInnen

AStA Uni Kassel

57-7-I6-132-145

AntragstellerInnen: AStA Uni Kassel

Gegenstand: 57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I6-132-145

- ¹ Z. 132-145 ersatzlos streichen.

Begründung

Der Absatz widerspricht den Z. 114-131 sofern diese geändert werden. Durch eine Öffnung der Frauen*liste für Männer, die sich nicht dominant äußern können oder wollen, würden Männer mit dominantem Redeverhalten noch mehr Raum einnehmen. Eine solche Regelung führt Awareness-Anstrengungen ad absurdum.

AntragstellerInnen

AStA Uni Kassel

57-7-I6-153-160

AntragstellerInnen: AStA Uni Kassel

Gegenstand: 57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I6-153-160

- 1 Um Geschlechter- und damit Machtverhältnisse analysieren zu können,
- 2 müssen wir diese auch auswerten können. Wir wollen deshalb
- 3 auch die Quotierung unserer Delegationen stärker in den Blick nehmen
- 4 und bei der Anmeldung eine Abfrage der Geschlechteridentität der Teilnehmenden vornehmen. Selbstverständlich muss es dabei
- 5 Möglichkeiten abseits der binären Norm geben. Eine reine Selbst-
- 6 verpflichtung quotiert anzureisen lehnen wir ab.
- 7

Begründung

Quotierte Redelisten sind als Gleichstellungsinstrument nicht ausreichend. Wir müssen uns als Verband darüber hinausgehende Konzepte überlegen, um patriarchale Strukturen zu durchbrechen und Diversität im Verband abbilden zu können.

AntragstellerInnen

AStA Uni Kassel

57-7-I6-161

AntragstellerInnen: AStA Uni Kassel

Gegenstand: 57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I6-161

- ¹ Ergänze „im Verband“ nach „Wir wollen daher alle“.

AntragstellerInnen

AStA Uni Kassel

57-7-I6-171-175

AntragstellerInnen: AStA Uni Kassel

Gegenstand: 57-7-I6 Für einen antifaschistischen Feminismus (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I6-171-175

- ¹ Verschiebe Z. 171-175 (alt) vor Z. 161 (alt).

Begründung

Sofern Z. 153-160 geändert werden, fügt sich der Fragebogen hier als eines von mehreren Auswertungsinstrumenten in den Antrag ein.

AntragstellerInnen

AStA Uni Kassel

57-7-I5-Ganzer Text

AntragstellerInnen: FAU Erlangen-Nürnberg

Gegenstand: 57-7-I5 Eine feministische Kritik am Urheberrecht (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 57-7-I5-Ganzer Text

- 1 Ändere „Open Source“ zu „Public Domain/Gemeinfrei“

Begründung

Im Text wird „Open Source“ als das Gegenteil von Urheberrecht dargestellt. Diese Darstellung ist inhaltlich nicht korrekt. Der vorgeschlagene Änderungsantrag stellt eine Anpassung dar, die den jeweiligen Sätze in ihrem Charakter beibehält und versucht die Intention beizubehalten.

AntragstellerInnen

FAU Erlangen-Nürnberg

57-8-St2

AntragstellerInnen: Ausschuss Finanzen

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Genderbudgeting

1 Die Mitglieder des fzs setzen sich aktiv für die Frauenförderung in
2 der (bundesweiten) Hochschulpolitik ein, indem sie Frauen motivie-
3 ren als Aktive zu Veranstaltungen zu fahren und ihnen die infra-
4 strukturellen Möglichkeiten bieten bzw. aktiv aufzeigen.

5 Der Vorstand, aber auch die Mitglieder des Verbandes, sind da-
6 zu aufgefordert, den Referent*innen-Pool im internen Bereich der
7 Webseite, nach vorheriger Absprache mit den Referent*innen, zu
8 aktualisieren.

9 Der Vorstand des fzs muss sich für die Auszahlung der Honorare
10 der Referent*innen auf Veranstaltungen und Seminaren auf der Mit-
11 gliederversammlung nach dem Kassenabschluss rechtfertigen, sofern
12 diese nicht zu mindestens 50% an Frauen ging und eine schriftliche
13 Stellungnahme hierzu dem Haushaltsabschluss beilegen.

Begründung

Die letzten Jahre der Analyse des Haushaltes und der Veranstaltungen ergaben bei den Ausschüssen eine Mitgliederquote von ca. 60% Männern und 40% Frauen. Wo im Jahr 13/14 die Teilnehmer*innen an Seminaren noch in etwa ausgeglichen waren, gab es dort 14/15 ebenfalls ca. 60% Männern und 40% Frauen. Ein noch etwas schlechteres Ergebnis der beiden Jahre ergab sich für die Teilnehmer*innen

der Mitgliederversammlungen. Dort waren es nämlich nur 36% Frauen und 64% Männer. Nimmt man die Zahlen des statischen Bundesamtes, vertrat der Verband jedoch in beiden Jahren in etwa gleich viele Frauen wie Männer. Diese Verteilung sollte auch auf den Veranstaltungen zustande kommen können und müssen. Es ist jedoch kein Wunder, dass die Ausschüsse nicht quotiert sind, wenn es die Mitgliederversammlung nicht schafft, selbst zu mindestens 50% aus Frauen zu bestehen. Dem muss aktiv entgegengewirkt werden!

Eine umfangreiche Sammlung an Kontaktdaten für Referent*innen, mit eventueller Themenspezialisierung, ist nicht nur für die Organisation der geschlechtergerechteren Verteilung der Ressourcen des Verbands von nützen, sondern kann auch den einzelnen Mitgliedern des Verbandes bei der Organisation von Seminaren helfen. Momentan ist es eine unsichtbare Arbeit der zuständigen Personen, die Referent*innen quotiert zu finden. Diese Arbeit würde schneller und effizienter werden, denn man fände Spezialist*innen auf ihrem bevorzugtem Gebiet im Pool direkt.

Es muss möglich sein, dass die Posten der Referent*innen für Veranstaltungen und Seminare zu mindestens 50% mit Frauen besetzt werden. Hierdurch ergibt sich automatisch eine geschlechtergerechte Bezahlung. Wenn dies nicht möglich sein sollte, sollte sich der Vorstand hierfür rechtfertigen und die Situation erklären müssen. Es muss nachgegangen werden, aus welchen Gründen dies geschehen ist, damit eine Problemlösung gesucht und gefunden werden kann.

AntragstellerInnen

Ausschuss Finanzen

57-8-St1

AntragstellerInnen: Hochschulgruppe des demokratischen Sozialismus Uni Hannover

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Politische Schlagkraft des Verbands durch stärkere Einbringung der Mitglieder erhöhen!

- 1 Die Mitgliederversammlung möge beschließen:
- 2 Die Mitgliederversammlung bittet die Mitglieder des fzs, ihre Un-
3 terstützung der Verbandsarbeit, insbesondere der Tätigkeit der Aus-
4 schüsse und Arbeitskreise, zu erhöhen, indem
 - 5 1. das Engagement in den thematisch passenden Ausschüssen und
6 Arbeitskreisen des fzs als Teil der Tätigkeit von Referent*innen,
7 Sachbearbeiter*innen etc. in den Student*innenschaften wahr-
8 genommen wird,
 - 9 2. ehemalige Referent*innen, Sachbearbeiter*innen etc. und wei-
10 tere interessierte Student*innen materiell bei ihrem Engage-
11 ment in den Ausschüssen und Arbeitskreisen unterstützt wer-
12 den, so dass insbesondere Fahrtkosten regelmäßig von den Stu-
13 dent*innenschaften getragen werden, und
 - 14 3. die Ausrichtung von Sitzungen der Ausschüsse und Arbeitskrei-
15 se organisatorisch und finanziell unterstützt wird,
- 16 so dass, besonders im Hinblick auf die Ausschüsse, diese zukünftig
17 möglichst die von der Satzung vorgesehene Stärke von zehn (ak-
18 tiven) Personen haben und wie vorgesehen, dreimal im Semester

19 tagen, um die konzeptionelle Arbeit zu einzelnen Politikbereichen
20 voranzubringen.

21 Die in den Ausschuss der Student*innenschaften gewählten Mitglie-
22 der mögen es als ihre Aufgabe betrachten, mit den Mitgliedern des
23 Verbands in dieser Angelegenheit regelmäßig in Kontakt zu bleiben
24 und den Vorstand organisatorisch zu unterstützen.

Begründung

Um den Verband voranzubringen, sollte sich das Engagement der Mitglieder nicht im Zahlen der Beiträge und in der Teilnahme an Mitgliederversammlungen erschöpfen. Der fzs bildet in seiner Struktur eine Reihe Politikbereiche ab, die auch regelmäßig in den lokalen Student*innenschaften bearbeitet werden. Dennoch bleibt allzu häufig die Vernetzung über die eigene Hochschule hinaus auf ein gesondertes Referat oder eine ähnliche Stelle beschränkt, während in den übrigen inhaltlichen Bereichen vornehmlich lokal gearbeitet wird.

Dabei ergeben sich aus einem Engagement in den Strukturen des Verbandes Vorteile für beide Seiten: Die lokale Arbeit wird durch einen überregionalen Input bereichert und im Verband sind vermehrt thematisch interessierte Menschen aktiv.

Zwei Punkte sollen noch angesprochen werden:

- Dieser Antrag soll in keinem Fall das Engagement derjenigen schmälern, die sich z.T. seit vielen Jahren ehrenamtlich in den Ausschüssen und Arbeitskreisen betätigen und deren Arbeit in weiten Teilen getragen haben. Es wäre aber wünschenswert, diese inhaltliche Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen.
- Die drei Punkte des Antrags greifen ineinander, da bloß die Intensivierung des Engagements der Mitglieder in den Ausschüssen schnell an die Grenzen des Haushalts des Verbands stoßen würde. Die Kosten der Ausschussarbeit, Fahrtkosten und Ausrichtung der Sitzungen, werden auch jetzt schon regelmäßig von Student*innenschaften getragen.

Die Verstärkung der inhaltlichen Arbeit sollte als Möglichkeit wahrgenommen werden, neue Mitglieder (und ehemalige wieder) für den Verband zu begeistern, wodurch sich gleichsam politische Schlagkraft wie finanzielle Möglichkeiten verbessern würden.

Dabei sollte seitens der Mitglieder auch im Falle einer steigenden Mitgliederzahl mindestens mittelfristig eine finanzielle Beteiligung an der Arbeit der Ausschüsse und Arbeitskreise vorgesehen werden, damit im Haushalt des Verbands zunächst weitere Aspekte der inhaltlichen Arbeit wie Referent*innen- und Projektstellen oder Kampagnen gestärkt werden können.

AntragstellerInnen

Hochschulgruppe des demokratischen Sozialismus Uni Hannover

57-8-St7

AntragstellerInnen: Ausschuss Finanzen

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Fahrtkosten

1 Die Ausschussmitglieder aller Ausschüsse, inklusive dem AS, über-
2 denken die Notwendigkeit von Sitzungen, welche nur einen Tag lang
3 gehen und halten nach Möglichkeit anstelle einer Sitzung eine Tele-
4 fonkonferenz ab.

5 Weiter beantragen alle Menschen, die Fahrtkosten für Sitzungen
6 oder Mitgliederversammlungen über den Verein abrechnen möchten,
7 diese im Voraus per E-Mail beim Vorstand mit folgendem Inhalt:

- 8 ● Fahrtzweck
- 9 ● Von welchem Ort zu welchem Ort (für Hin- und Rückfahrt)
- 10 ● Höhe der Kosten

11 Alternativ wird der Vorstand ein Antragstool erstellen, welches die
12 oben genannten Punkteabfragt, und über welches dann Fahrtkosten
13 beantragt werden.

14 Ausnahme der oben genannten Regelung soll sein, dass Refe-
15 rent*innen für Seminare sowie Mitarbeiter*innen des fzs die Fahrt-
16 kosten zwar ebenfalls dem Vorstand vorher mitteilen sollen, dies
17 aber nicht im Tool oder per E-Mail beantragen müssen.

Begründung

Der Ausschuss Finanzen bat den KPA im Rahmen seiner Arbeit herauszufinden, wie häufig es im Zeitraum vom 1.9.2016 – 31.1.2017 vorkam, dass Fahrkosten für sehr kurze Sitzungen ausgegeben wurden bzw. wie häufig es vorkam, dass Fahrkosten im vorhinein nicht beantragt wurden. Dies kam nach Durchsicht der Akten mehr als nur in Einzelfällen vor.

Um zu vermeiden, den Fahrkostentopf unnötig zu belasten, sollte der Inhalt sehr kurzer Sitzungen (ein Tag oder weniger) besser über eine Telefonkonferenz besprochen werden.

Es ist ebenfalls sinnvoll, zur besseren Planung des Haushaltsjahres und einer besseren Übersicht der aktuellen Finanzlage, Fahrkosten vor der Fahrt zu beantragen. In der Regel werden diese, falls sie nicht von anderen Strukturen übernommen werden (können), nach Maßgabe der Finanzordnung bewilligt.

AntragstellerInnen

Ausschuss Finanzen

57-8-St4

AntragstellerInnen: 55. AS

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Beitritt zum BdWi

1 Der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaft-
2 ler (BdWi) bezieht auf Kongressen, in wissenschaftlichen Publika-
3 tionen und politischen Stellungnahmen öffentlich Position zu Fragen
4 von Wissenschaft, Forschung und Hochschulentwicklung. Im BdWi
5 haben sich etwa 1000 Student*innen und Wissenschaftler*innen zu-
6 sammengeschlossen. Sie alle verbindet ihr gemeinsames Interesse an
7 einer emanzipatorischen Wissenschafts- und Bildungspolitik. Des-
8 halb war und ist der BdWi ein wichtiger Bündnispartner für den
9 fzs.

10 Im Angesicht der anstehenden Herausforderungen in der Hochschul-
11 und Wissenschaftspolitik, aber auch im Angesicht einer sich zuspit-
12 zenden gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung, ist das Zusam-
13 menrücken emanzipatorischer Verbände unabdingbar. Auch deshalb
14 ist es wichtig, dass die Zusammenarbeit zwischen fzs und BdWi in
15 Zukunft über gemeinsame Publikationen hinausgeht.

16 Der fzs tritt deshalb dem BdWi zum nächstmöglichen Zeitpunkt als
17 Fördermitglied bei und fordert seine Mitglieder aktiv auf, diesen
18 wichtigen Schritt ebenfalls zu vollziehen.

19 Die Mittel für diese Fördermitgliedschaft sind im Haushalt vorzu-
20 halten.

AntragstellerInnen

55. Ausschuss der Student*innenschaften

57-8-St3

AntragstellerInnen: 55. AS

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Einrichtung eines Arbeitskreises Politische Bildung

1 Die Mitgliederversammlung richtet einen Arbeitskreis Politische Bil-
2 dung ein. Dieser soll mehreren Zwecken zugleich dienen. Erstens sol-
3 len durch ihn Veranstaltungsreisen koordiniert werden, wodurch für
4 die einzelnen Mitglieder der Organisationsaufwand reduziert wird,
5 falls sie diese Veranstaltung an ihrer Universität durchführen möch-
6 ten. Dadurch werden einige Veranstaltungen überhaupt erst sinn-
7 voll durchführbar, in dem etwa Reisekosten für internationale Flüge
8 aufgeteilt werden können. Zweitens soll der Arbeitskreis auch dem
9 Austausch über das Thema dienen. Hier könnte sowohl über Theo-
10 rie als auch Praxis politischer Bildung gesprochen werden. Drittens
11 soll auch der fzs in seiner Arbeit unterstützt werden, indem der
12 Arbeitskreis bei Bedarf zu Themen, die nicht bereits von anderen
13 Ausschüssen bearbeitet werden, Veranstaltungen organisiert.

Begründung

Die politische Bildungsarbeit ist aus mehreren Gründen ein wichti-
ger Teil der studentischen Hochschulpolitik. Formal ist sie in meh-
reren Landeshochschulgesetzen verankert. Notwendig wird sie nicht
zuletzt durch die völlige Vernachlässigung ihrer in dem akademi-
schen Pflichtprogramm. Zwar werden fast überall einige Veranstal-
tungen durch politische Hochschulgruppen organisiert, doch diese
dienen oft eher dem Wahlkampf als der politischen Bildung. Auch

muss an dieser Stelle bedacht werden, dass Partei-Jugenden und parteipolitische Hochschulgruppen sowohl besseren Zugang zu finanziellen Mitteln, als auch zu prominenten Vortragenden haben.

Diesem strukturellen Mangel kann zwar durch engagierte Personen lokal entgegengewirkt werden, doch ist dies weder eine dauerhafte noch eine sinnvolle Lösung. Nur durch eine Struktur, welche gemeinschaftliche politische Bildungsarbeit ermöglicht und organisiert, kann das Problem, zumindest in dieser Epoche, gelöst werden.

Denn die neoliberale Selbstverwertungsgesellschaft muss, um Mehrwert zu produzieren, Humankapital bilden. Dieses Paradigma ist sowohl ihre Bedingung als auch ihr Schicksal, da es schließlich zur Überproduktion der akademischen Bildung führt. Dadurch verliert sie jedoch ihren akademischen, sprich: exklusiven, Charakter und wird zum Gemeingut. Dies beseitigt in dem spezifischen auch den allgemeinen Klassenunterschied. Der spezifische, welcher in dem akademischen Wissen liegt, ist die höchste Form des allgemeinen, der stets in der zweiten Natur der Herrschenden lag.

Diese Aufhebung wird jedoch von zwei Seiten bekämpft: Zum einen von jenen Herrschenden, welche diese Position vor ihr Kapitalinteresse stellen und daher die Produktion akademischen Wissens beschränken möchten; zum anderen von den Beherrschten, welche die Sicherheiten ihrer momentanen Form nicht aufzugeben bereit sind und daher ein Ressentiment gegen die Produktionsmittel entwickeln. Diese Gruppen haben sich teilweise schon als politische Partei formiert und gefährden nun den Fortschritt, der noch unter konservativer Regierung entstehen konnte.

In beiden Klassen sollten daher die Bedingungen zur Aufnahme akademischen Wissens hergestellt werden, wobei gleichzeitig der revolutionäre Charakter dieser Handlung für die Beherrschten hervorgehoben wird, sodass das notwendige Ende dieser Epoche eintritt, bevor sie sich ideologisch festsetzen kann.

Hierin liegt die historische Aufgabe der progressiven Studierendenschaft: Die Entwicklung der Produktivkräfte kritisch zu begleiten und voranzutreiben, bis sie die Klassengesellschaft als letzte Fessel sprengen muss.

AntragstellerInnen

55. Ausschuss der Student*innenschaften

57-8-St5

AntragstellerInnen: Vorstand

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Einrichtung einer Arbeitsgruppe: Neufassung der Satzung

- 1 Die Mitgliederversammlung richtet eine Arbeitsgruppe zum Entwurf
2 einer Neufassung von Satzung und Ergänzungsordnungen ein.
- 3 Die Arbeitsgruppe hat die Aufgabe eine Neufassung von Satzung
4 und Ordnungen dahingehend zu entwerfen, dass in der Satzung nur
5 zwingend notwendige Inhalte verständlich, übersichtlich, nachvoll-
6 ziehbar und transparent geregelt werden. Alle weiteren notwendigen
7 oder gewollten Regelungen sollten in den Entwürfen für Neufassun-
8 gen der bestehenden Ordnungen Niederschlag finden oder in neuen
9 Ergänzungsordnungen verankert werden.
- 10 Darüber hinaus soll die Arbeitsgruppe im Rahmen der Entwick-
11 lung von Entwürfen zu Neufassung neben redaktionelle Änderungen
12 auch inhaltliche Änderungen vorschlagen, welche die Verbandspra-
13 xis widerspiegeln und bestehende Widersprüche zwischen Satzung
14 und Ordnungen aufheben.
- 15 Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden zur nächsten ordentlichen
16 Mitgliederversammlung als entsprechende Anträge eingereicht.
- 17 Die Arbeitsgruppe besteht aus bis zu vier Personen, wobei min-
18 destens die Hälfte Frauen sein müssen. Der 57. Ausschuss der Stu-
19 dent*innenschaften wählt auf seiner ersten Sitzung die Mitglieder
20 der Arbeitsgruppe.
- 21 Die Koordination der Arbeitsgruppe übernimmt der Vorstand.

Begründung

Wie unter anderem auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung im Zusammenhang mit der Neufassung einzelner Paragraphen der Satzung bereits angemerkt wurde, regelt die Satzung des fzs diverse Aspekte, welche aus juristischer Perspektive nicht zwingend in dieser verankert sein müssten.

Um die Satzung und Ordnungen des Verbandes für Mitglieder, Neumitglieder, Verbandsaktive, Interessierte und Außenstehende transparenter, nachvollziehbarer, verständlicher und übersichtlicher zu gestalten; Widersprüche aufzulösen und die getroffenen Regelungen an die Verbandspraxis anzupassen, halten wir eine Neufassung für dringend notwendig.

Wir erhoffen uns, somit die Anwendbarkeit deutlich zu erleichtern und durch den Transfer von bisherigen Inhalten der Satzung in Ergänzungsordnungen die Flexibilität zur zukünftigen Anpassung an die sich stetig verändernde Verbandspraxis zu verbessern.

AntragstellerInnen

Vorstand

57-8-St6

AntragstellerInnen: AK Urheber*innenrecht

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Arbeitskreis „AK Urheber*innenrecht“ einrichten bzw. bestätigen

¹ Der auf der Sitzung des Ausschusses der Student*innenschaften vom
² 13. bis zum 15. Januar 2017 in Lüneburg nach § 37 (3) Satz 2 der
³ Satzung des freien Zusammenschluss von student*innenschaften vor-
⁴ läufig eingerichtete Arbeitskreis „AK UrhG“, der sich am 25. Febru-
⁵ ar 2017 bereits in Regensburg konstituiert hat, wird nach § 37 (3)
⁶ Satz 1 eben dieser Satzung als regulärer Arbeitskreis „AK Urhe-
⁷ ber*innenrecht“ eingerichtet.

Begründung

Erfolg mündlich.

AntragstellerInnen

AK Urheber*innenrecht

57-8-St2-1

AntragstellerInnen: AStA Uni Kassel

Gegenstand: 57-8-St2 Genderbudgeting (Strukturelle Anträge)

Änderungsantrag 57-8-St2-1

- ¹ Ersetze in Z. "Frauenförderung" durch "Frauen*förderung".

AntragstellerInnen

AStA Uni Kassel

57-8-St5-1

AntragstellerInnen: FAU Erlangen-Nürnberg

Gegenstand: 57-8-St5 Einrichtung einer Arbeitsgruppe:
Neufassung der Satzung (Strukturelle Anträge)

Änderungsantrag 57-8-St5-1

- ¹ Ändere Arbeitsgruppe in Arbeitskreis

Begründung

Eine Arbeitsgruppe ist in der Satzung des fzs nicht vorgesehen. Bei der Überarbeitung der Satzung wäre auch ein größerer Personenkreis nützlich. Die Quotierung sollte beibehalten werden

AntragstellerInnen

FAU Erlangen-Nürnberg

57-8-St2-2

AntragstellerInnen: AStA Uni Kassel

Gegenstand: 57-8-St2 Genderbudgeting (Strukturelle Anträge)

Änderungsantrag 57-8-St2-2

- ¹ Ersetze in Z. 2 “Frauen“ durch “Frauen*“.

AntragstellerInnen

AStA Uni Kassel

57-8-St2-11

AntragstellerInnen: AStA Uni Kassel

Gegenstand: 57-8-St2 Genderbudgeting (Strukturelle Anträge)

Änderungsantrag 57-8-St2-11

- ¹ Ersetze in Z. 11 “Frauen“ durch “Frauen*“.

AntragstellerInnen

AStA Uni Kassel

57-8-St2-13

AntragstellerInnen: AStA LUH

Gegenstand: 57-8-St2 Genderbudgeting (Strukturelle Anträge)

Änderungsantrag 57-8-St2-13

- 1 Außerdem ist der Vorstand angehalten, zeitnah eine Arbeitsgrup-
- 2 pe zur Analyse der Ursachen der übermäßigen Repräsentanz von
- 3 Männern innerhalb des Vereins und zur Erarbeitung von Gegen-
- 4 maßnahmen einzurichten.

Begründung

Die Ursachen für die unausgewogene Partizipation innerhalb des Vereins müssen, um hier effektiv gegenzusteuern, erst einmal konkret bekannt sein. Um also effektive Gegenmaßnahmen zu finden, scheint es uns unerlässlich nicht nur eine genaue Analyse der vereinsinternen und den diesen zugrunde liegenden strukturellen Problematiken zu erarbeiten, sondern auch Gegenmaßnahmen an einer entsprechenden Problemanalyse zu orientieren. Wir fordern also, neben der Kontrolle des Budgets und einer Vereinfachung der ReferentInnensuche auch die restlichen Vereinsstrukturen entsprechend zu evaluieren und nach Möglichkeiten zu suchen die Situation zu verbessern.

AntragstellerInnen

AStA LUH

57-8-St1-13

AntragstellerInnen: StuRa Uni Heidelberg

Gegenstand: 57-8-St1 Politische Schlagkraft des Verbands durch stärkere Einbringung der Mitglieder erhöhen! (Strukturelle Anträge)

Änderungsantrag 57-8-St1-13

- 1 Füge ein:
- 2 4. durch Mitgliedsstudierendenschaften, außer dem StuRa der Uni
- 3 Heidelberg, regelmäßig dem Verband 500€ für zusätzliche Seminare
- 4 und Mitgliederversammlungen gespendet werden,

Begründung

Es ist historische Tradition in Heidelberg, dem Verband für diverse Projekte und Zwecke unbürokratisch via Rechnung 500€ zukommen zu lassen. Mit dieser Tradition möchten wir den Verband bereichern und stärken und fordern alle anderen Mitglieder dazu auf es uns gleichzutun. Rätssystem machts möglich!

AntragstellerInnen

StuRa Uni Heidelberg

57-8-St2-Ende

AntragstellerInnen: Fau Erlangen-Nürnberg

Gegenstand: 57-8-St2 Genderbudgeting (Strukturelle Anträge)

Änderungsantrag 57-8-St2-Ende

- ¹ Modifikationsantrag zu Änderungsantrag des Asta LUH :
- ² Ändere Arbeitsgruppe zu : Die Antidiskriminierungsbeauftragten
- ³ werden beauftragt

Begründung

Wir würden das Problem in die Hände der Antidiskriminierungsbeauftragten legen.

AntragstellerInnen

Fau Erlangen-Nürnberg

57-9-1-SÄ1

AntragstellerInnen: Leonard v. Woedtke

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Änderungsantrag zu § 2 der Satzung des fsz

- 1 Füge in § 2 Abs. 6 der Satzung nach
- 2 “[...] und sexistische Positionen [...]“
- 3 folgendes ein:
- 4 “sowie gegen andere verfassungsfeindliche Positionen“.

Begründung

Der Katalog der in § 2 Abs. 6 der Satzung genannten Positionen ist (noch) nicht abschließend. Mit der neuen Formulierung wendet sich der fzs gegen alle verfassungsfeindlichen Positionen und nicht nur gegen die bereits erwähnten.

Als „verfassungsfeindliche Positionen“ sind dabei solche Positionen anzusehen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung verstoßen.

AntragstellerInnen

Leonard v. Woedtke (AStA Uni Konstanz)

57-9-2-GO1

AntragstellerInnen: Vorstand

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Anpassung der Redeliste an die Vereinspraxis

1 Ersetze §8 der Geschäftsordnung durch:

2 (1) Die Sitzungsleitung führt zwei getrennte Redelisten. Die erste
3 Redeliste ist Frauen* vorbehalten. Die Zweite steht allen Menschen
4 offen.

5 (2) Die Sitzungsleitung erteilt abwechselnd einer Person der ersten
6 und der zweiten Liste das Wort (Listenquotierung). Dabei werden
7 Wortmeldungen von Personen bevorzugt, die sich erstmalig zu Wort
8 melden (Erstquotierung). Sollte der letzte Redebeitrag zurück gezo-
9 gen werden, folgt die nächste Person der jeweiligen Liste. Die Lis-
10 tenquotierung bleibt davon unberührt.

11 (3) Ist die erste Redeliste leer und gibt es nach Aufforderung durch
12 die Sitzungsleitung keine weitere Meldung für diese, so wird ein letz-
13 ter Redebeitrag von der zweiten Redelisten zugelassen. Ist die zweite
14 Redeliste erschöpft und auf der ersten Redeliste befinden sich noch
15 Wortmeldungen, so werden diese unter Beachtung der Erstquotie-
16 rung abgearbeitet. Erfolgen in dieser Zeit Wortmeldungen für die
17 zweite Redeliste, werden alle Wortmeldungen wieder entsprechend
18 der Listen und Erst- und Listenquotierung abgearbeitet.

19 (4) Personen, die Anträge einbringen, und Berichterstatter*innen
20 werden bei inhaltlichen Nachfragen nach Wortmeldung vorgezogen.
21 Die Listenquotierung bleibt davon unberührt.

22 (5) Sind beide Redelisten erschöpft und gibt es nach Aufforderung
23 durch die Sitzungsleitung keine weitere Wortmeldung sind die Re-
24 delisten geschlossen und die Aussprache bzw. Debatte grundsätzlich
25 beendet.

26 (6) Wenn die Listen geschlossen sind, kann eine Person, die noch
27 reden möchte, aber nicht mehr reden darf, die Wiederöffnung der
28 Redelisten beantragen. Dieser Antrag muss von der Mehrheit der
29 anwesenden Frauen* angenommen werden und darf höchstens zwei
30 Mal im Verlauf einer Debatte gestellt werden.

31 (7) Auf Antrag des Frauen*-, des Queerplenums oder eines Plenums
32 nach Antidiskriminierungsvorschrift kann mit 2/3 Mehrheit der an-
33 wesenden eintrage-berechtigten Personen auf der ersten Redeliste
34 die erste Redeliste für weitere benachteiligte Gruppen im Sinne der
35 Antidiskriminierungsvorschrift geöffnet werden.

Begründung

Diese Änderung der Geschäftsordnung dient der Anpassung der harmonischen Redeliste an die Vereinspraxis. Die Förderung von Redebeiträgen durch Frauen wird durch die beantragte Fassung eher erreicht als durch die bisheriger Formulierung.

Außerdem dient die Änderung der Klärung, wie mit Personen umgegangen werden soll, die berichten oder Anträge einbringen. Durch die beantragte Fassung wird es leichter, bei Erhalt der Listenquotierung, Rückfragen zu Anträgen und Berichten zeitnah zu beantworten. Bisher können sehr viele Redebeiträge zwischen einer Rückfrage und einer Antwort liegen. In der beantragten Form liegen zwischen der Rückfrage und der Antwort darauf nur noch maximal ein Redebeitrag. Außerdem werden so die Redebeiträge der Berichterstatter*innen bzw. Antragsteller*innen kürzer gehalten, da sie nicht mehr auf angesammelte Fragen antworten müssen.

AntragstellerInnen

Vorstand

fzs-MV

57. Mitgliederversammlung des fzs – 3. bis 5. März '17 in Kassel

57-10-2-1

Name: AStA Uni Kassel

Gegenstand: TOP 10: Wahlen

Bewerbung AStA Uni Kassel

Der AStA Uni Kassel bewirbt sich im nächsten Halbjahr für eine Mitgliedschaft im Ausschuss Studierendenschaften (AS). In dieser Zeit möchten wir uns zunächst weiter verstärkt im fzs einbringen und im Rahmen der Aufgaben des AS, den Vorstand unterstützen, sowie auch kontrollieren.

Einer unserer inhaltlichen Schwerpunkte ist dabei die Entwicklung eines Finanzierungskonzeptes für die fzs Mitgliederversammlungen (MV), welches die MV im ähnlichen Rahmen weiterhin ermöglicht, aber nicht immer die selben Studierendenschaften finanziell belastet.

Zum anderen möchten wir uns an der Konzeptionierung und Entwicklung eines Flyers und ggf. weiteren Informationsmaterials und eines Workshops/Vortrages zum Thema „Was darf und kann Satire“ im Rahmen des AS einsetzen. Gerade die aktuellen Entwicklungen im letzten Jahr zeigen uns, dass für Studierendenschaft dieses Thema durchaus relevant ist.

Geschlecht:

keine Angabe

Geburtsdatum:

1971

Website:

asta-kassel.de

Biografie

Der AStA Uni Kassel gründete sich 1971, mit der Entstehung der Gesamthochschule Kassel (Seit 2003 Universität Kassel). Er setzt sich seither für die Verbesserungen der Studienbedingungen, für eine gute studentische Mobilität und Kultur und viele weitere Bereiche des studentischen Lebens ein. Er trat vor einigen Jahren dem fzs bei und richtete vor März 2017 bereits eine MV aus , beteiligte sich an verschiedenen Ausschüssen und stellte sogar ein Jahr lang ein Teil des Vorstandes. Nach einiger Zeit der verhaltenden Aktivitäten im fzs möchte der AStA Kassel seine Beteiligung wieder deutlich stärken.

fzs-MV
57. Mitgliederversammlung
des fzs – 3. bis 5. März '17 in Kassel

57-10-2-2

Name: AStA Uni Hannover

Gegenstand: TOP 10: Wahlen

Bewerbung AStA Uni Hannover

Bewerbung des AStA Uni Hannover für die Mitgliedschaft im Ausschuss der Student*innenschaften

Hiermit bewerben wir, der AStA der Universität Hannover, uns für die Mitgliedschaft im Ausschuss der Student*innenschaften. Wir haben großes Interesse auch im kommenden Semester die Arbeit des fzs innerhalb des AS mitzugestalten und mitzutragen.

Wir wollen gemeinsam politische Arbeit machen und haben große Lust diese, wie im vergangenen Semester, im AS fortzuführen. Dabei wird uns in der hochschulpolitischen Landschaft noch immer und immer wieder aufgezeigt, dass ein politisches Engagement in der Hochschulpolitik nötig, wichtig und richtig ist.

Geschlecht:
keine Angabe

Geburtsdatum:
1946

Website:
<http://www.asta-hannover.de/>

Biografie

Re-Education-Programm (1946) der Alliierten waren als Reaktion auf den institutionellen

Führerkult und die darauf ausgerichtete Struktur der Universitäten, demokratische Selbstverwaltungsorgane vorgesehen. Diese stellten einen Teil der Umwälzung der politischen Kultur innerhalb der Gesellschaft dar und sollten langfristig dabei helfen, demokratische Strukturen in der Gesellschaft zu etablieren. Damit wurde die Verfasste Studierendenschaft explizit als Teil und politischer Akteur der Gesellschaft definiert.

fzs-MV
57. Mitgliederversammlung
des fzs – 3. bis 5. März '17 in Kassel

57-10-2-3

Name: Studierendenrat Universität Freiburg

Gegenstand: TOP 10: Wahlen

Bewerbung Studierendenrat
Universität Freiburg

Geschlecht:

weiblich

Geburtsdatum:

13.07.2012

Website:

www.stura.org

Der StuRa der Uni Freiburg ist schon seit einiger Zeit Mitglied im AS und war fast immer bei den Sitzungen aktiv vertreten. Wir möchten uns gerne erneut auf dieses Gremium bewerben, da wir es für eine gute Möglichkeit halten uns in die Arbeit des Verbands einzubringen.

Wir können uns es auch vorstellen eine Sitzung des AS im schönen Freiburg auszurichten.

Biografie

Wir sind seit 2012 endlich verfasst, waren vorher bereits Mitglied im fzs und werden es auch in Zukunft bleiben!